

**Martin Gehr**

**Metaphern und Redewendungen  
im politischen Kommentar**

**Buchveröffentlichung im Verlag Springer VS (2014)**

**auf Grundlage der Diplomarbeit**

**im Studiengang Journalistik**

**an der Technischen Universität Dortmund (2010)**

**- *Anhang* -**

## Gliederung

<b>Beitragskorpus: Die der Analyse zugrunde liegenden Kommentare<sup>1</sup></b>	<b>4</b>
<b>a) Westdeutsche Allgemeine Zeitung (Anzahl: 25)</b>	<b>4</b>
• (1) WAZ 12.04.2010	4
• (2) WAZ 13.04.2010	4
• (3) WAZ 15.04.2010a	5
• (4) WAZ 15.04.2010b	5
• (5) WAZ 16.04.2010	6
• (6) WAZ 19.04.2010	7
• (7) WAZ 20.04.2010	8
• (8) WAZ 21.04.2010	8
• (9) WAZ 22.04.2010	9
• (10) WAZ 24.04.2010	10
• (11) WAZ 26.04.2010	11
• (12) WAZ 27.04.2010a	12
• (13) WAZ 27.04.2010b	12
• (14) WAZ 28.04.2010	13
• (15) WAZ 29.04.2010	14
• (16) WAZ 07.05.2010	15
• (17) WAZ 08.05.2010	16
• (18) WAZ 10.05.2010a	17
• (19) WAZ 10.05.2010b	18
• (20) WAZ 11.05.2010	19
• (21) WAZ 12.05.2010a	20
• (22) WAZ 12.05.2010b	21
• (23) WAZ 13.05.2010	22
• (24) WAZ 15.05.2010a	23
• (25) WAZ 15.05.2010b	23
<b>b) Westdeutsche Zeitung (Anzahl: 14)</b>	<b>24</b>
• (1) WZ 12.04.2010	24
• (2) WZ 16.04.2010	25

<sup>1</sup> Die Angaben der Daten entsprechen dem Schema der Quellenangaben für die Textbeispiele in Kapitel 6 des Buches, in dem diese Kommentare Grundlage der Analyse sind.

• (3) WZ 19.04.2010 .....	26
• (4) WZ 24.04.2010.....	27
• (5) WZ 26.04.2010.....	28
• (6) WZ 27.04.2010.....	29
• (7) WZ 28.04.2010.....	30
• (8) WZ 03.05.2010.....	31
• (9) WZ 04.05.2010.....	31
• (10) WZ 07.05.2010.....	32
• (11) WZ 08.05.2010.....	33
• (12) WZ 10.05.2010.....	34
• (13) WZ 11.05.2010a.....	35
• (14) WZ 11.05.2010b.....	36
<b>c) Süddeutsche Zeitung (Anzahl: 11).....</b>	<b>37</b>
• (1) SZ 12.04.2010.....	37
• (2) SZ 13.04.2010.....	37
• (3) SZ 20.04.2010.....	38
• (4) SZ 24.04.2010.....	39
• (5) SZ 29.04.2010.....	40
• (6) SZ 04.05.2010.....	41
• (7) SZ 07.05.2010.....	41
• (8) SZ 10.05.2010.....	42
• (9) SZ 11.05.2010.....	43
• (10) SZ 12.05.2010.....	44
• (11) SZ 15.05.2010.....	44
<b>d) Bild (Anzahl: 3).....</b>	<b>45</b>
• (1) Bild 10.05.2010.....	45
• (2) Bild 11.05.2010.....	45
• (3) Bild 14.05.2010.....	46
<b>e) Express (Anzahl: 7).....</b>	<b>47</b>
• (1) Express 14.04.2010.....	47
• (2) Express 15.04.2010.....	47
• (3) Express 28.04.2010.....	48

• (4) Express 03.05.2010.....	48
• (5) Express 11.05.2010.....	49
• (6) Express 13.05.2010.....	49
• (7) Express 14.05.2010.....	50



## Beitragskorpus: Die der Analyse zugrunde liegenden Kommentare

### a) Westdeutsche Allgemeine Zeitung (Anzahl: 25)

(1)

WAZ, 12.04.2010, S. 2

Dirk Hautkapp: Spiel mit Stimmungen.  
Guantánamo und der Wahlkampf.

#### Guantánamo und der Wahlkampf Spiel mit Stimmungen

Dirk Hautkapp

**D**en Unschuldigen unter den Guantánamo-Häftlingen bleibt wenig erspart. Schon vor einem Jahr mussten sie im Bundestagswahlkampf als Projektionsfläche für böse Ängste herhalten. Diesmal profilieren sich NRW-Landespolitiker auf dem Rücken von Menschen, die nach Angaben der US-Regierung zu Unrecht ihrer Freiheit beraubt wurden.

Dass jetzt auch Ministerpräsident Jürgen Rüttgers stammtnah in das Horn der Nein-Sager stößt, war zu erwarten. Der CDU-Politiker macht sich seinen Noch-Koalitionspartner Andreas Pinkwart von der FDP zu Nutze, der zur Aufnahme bereit wäre. Botschaft für den Wähler: Mit der Union bleibt NRW Guantánamo-freie Zone. Wer die Liberalen mit seinem Kreuz bedenkt, holt sich zwielichtige Terror-Verdächtige ins Land. Ein Spiel mit Stimmungen, aus denen Stimmen werden sollen. Abstoßend.

Wie es anders geht, zeigt die „Weltstadt mit Herz“. In München, jedem Hang zum Hara-kiri gänzlich unverdächtig, hat sich der Stadtrat - mit den Stimmen der CSU! - bereit erklärt, 17 Guantanamo-Häftlinge aufzunehmen, gegen die keinerlei Verdachtsmoment vorliegt; und zwar aus Gründen der Menschlichkeit. Johannes Rau, den Jürgen Rüttgers so gerne beleibt, hätte gesagt: „Wir in NRW“ können das bei etwas gutem Willen auch.

(2)

WAZ, 13.04.2010, S. 2

Tobias Blasius: Idee mit Charme.  
Eine zweite IBA Emscherpark.

#### Eine zweite IBA Emscherpark Idee mit Charme

Tobias Blasius

**W**enn Jürgen Rüttgers vier Wochen vor der Landtagswahl eine Neuauflage der IBA Emscherpark ausruft, erweist dies dem Ministerpräsidenten gewiss gleich in dreifacher Hinsicht einen strategischen Dienst.

Erstens: Die Urheberschaft für dieses wichtigste Stadtumbau-Programm im Ruhrgebiet lag einst bei der SPD. Zweitens: Anhänger für eine solche ökologische Vision finden sich zahlreich bei den Grünen. Drittens: Es profitiert der bevölkerungs- und damit wählerreichste Ländstrich in Nordrhein-Westfalen. Folglich ist eine solche Idee abseits der erwartbaren Hakeleien um die Finanzierung weitgehend unumstritten.

Doch trotz dieses offensichtlich taktischen Kalküls der CDU entfaltet die Vorstellung einer IBA Emscherpark Teil 2 tatsächlich Charme. Wenn es gelänge, die Umwandlung eines ehemaligen Abwasserflusses von Dortmund bis Duisburg mit einem städtebaulichen Kreativwettbewerb zu flankieren, entstünde ein weiteres architektonisch reizvolles Band durchs Ruhrgebiet.

Das Land Nordrhein-Westfalen als Moderator und Koordinator kann hier Wertvolles leisten. Vor 20 Jahren schien es zunächst auch einigermaßen absurd, dass Industriebrachen einmal Spielstätten einer Kulturhauptstadt sein könnten.

(3)

WAZ, 15.04.2010a, S. 1

Ulrich Reitz: Das Gesicht der Politik.

**DER KOMMENTAR****Das Gesicht  
der Politik**

Ulrich Reitz

**W**ir laufen und fahren vorbei an den Wahlplakaten, mit denen Häuser- oder Grünlandschaften zugestellt sind. Vorbei an den Menschen mit den auffällig strahlenden und verdächtig glatten Gesichtern, die unser Land regieren wollen. Und wir fühlen uns wie in einer Art Bilderrätsel: Was ist Original, was Fälschung?

Konrad Müller, der es fertig brachte, als einziger Fotograf alle (!) deutschen Kanzler eindrucksvoll abzulichten, fragt ratlos im WAZ-Interview, weshalb Hannelore Kraft „noch die schönen Lachfältchen weggebügelt“ wurden. Und verweist auf ein Merkel-Plakat aus dem 2005er Wahlkampf, „auf dem sah sie wie ein Girlie aus“.

Weshalb darf keiner sehen, dass Alter Spuren hinterlässt? Warum darf nicht gezeigt werden, dass Spitzenpolitikerjahre mindestens doppelt zählen? Wahrscheinlich sagen die vielen wohlmeinenden Politikberater, man müsse das so machen. Das sei immer schon so gewesen. Der Gegner halte es ebenso. Faltenfreiheit gleich Jugend gleich Dynamik gleich Erfolg.

Lügen sie richtig, dann würden sich Politiker nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage nur konsequent verhalten. Dann ließen wir, die Politik-Kunden, uns gerne blenden. Was dagegen spricht: Politik ist mehr denn je Vertrauenssache. Das spricht für Original statt Fälschung.

(4)

WAZ, 15.04.2010b, S. 2

Walter Bau: Reform mit Augenmaß.  
Der Streit ums Schulsystem.**Der Streit ums Schulsystem  
Reform mit Augenmaß**

Walter Bau

**K**aum ein landespolitisches Thema ist derart umstritten und gleichzeitig emotional so aufgeladen wie die Schulpolitik. Dabei steht die Bildung völlig zu Recht im Zentrum des Interesses – schließlich geht es um die Zukunft unserer Kinder.

Immer mehr fokussiert sich die Debatte auf die Frage des Schulsystems: eine neue Gemeinschaftsschule für alle, oder besser festhalten an der gegliederten Struktur? Es ist absehbar, dass sich das NRW-System ändern muss; schon deshalb, weil die Hauptschule ausblutet. Doch wäre es unklug, deshalb gleich das komplette System, also Gymnasium und Realschule inklusive, zu kippen. In Hamburg, wo seit Monaten ein erbitterter Kampf um die schwarz-grüne Schulpolitik tobt, ist zu besichtigen, was ein radikaler Kurswechsel in der Bildungspolitik anrichten kann. Letztlich wird der Streit auf dem Rücken der Kinder ausgetragen.

Was aber spricht gegen behutsame Korrekturen am bestehenden System? So ließe sich etwa mit vergleichsweise geringem Aufwand die Grundschulzeit auf fünf oder sechs Schuljahre verlängern. Dadurch würde die Festlegung auf einen weiterführenden Schulzweig aufgeschoben. Dies brächte kurzfristig mehr als ein jahrelanger Stellungskrieg um die vermeintlich große Reform.

(5)

WAZ, 16.04.2010, S. 2

Dirk Hautkapp: Angst vorm Wähler.

Debatte um die Pkw-Maut.

## Debatte um die Pkw-Maut Angst vorm Wähler

Wolfgang Mulke

**A**utofahrer können fürs Erste aufatmen. Eine Pkw-Maut wird es vorerst nicht geben. Die technischen Hürden für eine Einführung sind zu groß, als dass so ein Vorhaben schnell umgesetzt werden könnte. Das Mautsystem für Lkw kann nicht einfach auf den Autoverkehr ausgeweitet werden. Zwei Zahlen verdeutlichen das Ausmaß dieser Aufgabe. Zurzeit werden auf 12 000 Kilometer Autobahn Gebühren erhoben. Soll jede Straße einbezogen werden, müssten 600 000 Kilometer entsprechend technisch ausgestattet und kontrolliert werden.

Doch in der Zukunft müssen die Nutzer der Verkehrswege auch für deren Bau und Erhalt zu viel größeren Teilen aufkommen als bisher. Da die Kassen des Staates leer sind, wird an höheren Belastungen der Autofahrer kein Weg vorbei führen.

Außerdem muss die Umweltbelastung durch den Verkehr gesenkt werden. Viel fahren sollte daher viel kosten. Nichts anderes hat auch der Bundespräsident mit seiner Forderung nach höheren Spritpreisen kürzlich festgestellt.

Die Vorzüge kennen natürlich auch die Verkehrsminister von Bund und Ländern. Nur die Angst vorm Zorn der Wähler hält sie von der unpopulären, aber richtigen Weichenstellung ab.



(6)

WAZ, 19.04.2010, S. 2

Wilhelm Klümper: Die inszenierte Widersprüchlichkeit.

SPD und die Linkspartei in NRW.

**SPD und die Linkspartei in NRW****Die inszenierte  
Widersprüchlichkeit**

Wilhelm Klümper

**W**ollen Hannelore Kraft und ihre SPD die Leute veräppeln? Auf den Gedanken könnte man kommen, wenn man sich das ganze Herumlavieren über Rot-Grün-Rot in NRW anschaut. Der Höhepunkt wurde mit der TV-Talkrunde bei Maybrit Illner erreicht, als Kraft vor Millionenpublikum auf die Frage, ob sie nach der Wahl mit der Linken in NRW koalieren werde, Folgendes sagte: „Nein, wir haben seit fünf Jahren die gleiche Aussage. Die Linken bei uns sind weder regierungs- noch koalitionsfähig. Da muss man sich nur anschauen, was im Programm drin steht und welche Leute da Politik machen.“

Wer alle seine Sinne beisammen hat, hat da eigentlich ein an Eindeutigkeit nicht zu überbietendes Nein gehört. Weit gefehlt. Flugs meldete sich nach der Sendung ein SPD-Sprecher zu Wort, der Krafts vermeintliches Nein fürs Wahlvolk umdeutete. Demnach habe die SPD-Spitzenkandidatin ihre seit Monaten bekannte Position vertreten. Dies sei aber „kein formeller Ausschluss“ einer Koalition gewesen.

Wie bitte? Da wird einem ja ganz schwurbelig. Da wir nicht unterstellen, dass die ansonsten ausgeschlafenen Genossen plötzlich auf den Kopf gefallen sind, müssen wir hier eine inszenierte Widersprüchlichkeit der Wahlkampfstrategen vermuten. Zumal am Wochenende SPD-Parteichef Sigmar Gabriel wieder munter auf die Linken eindrosch: „Die Linkspartei ist in NRW weder regierungsfähig noch regierungswillig. Die wollen alles verstaatlichen, was größer ist als eine Currywurstbude.“ Selbst Gregor Gysi betete täglich darum, dass seine Freunde der NRW-Linkspartei nicht in die Regierung kämen.

**> Forts.**

Kraft und die SPD wollen sich offensichtlich durch gezielte Desorientierung alle Optionen mit der Linkspartei offen halten. Diese gezielte Unübersichtlichkeit darf man der SPD und ihrer Frontfrau nicht durchgehen lassen. Denn die Wähler müssen wissen, was sie mit ihrem Kreuzchen möglicherweise nach der Wahl bekommen. Die Linkspartei wird nach dem Wahlabend in drei Wochen möglicherweise mit Troztkisten und orthodoxen Kommunisten in den Landtag einziehen. In ihren Reihen soll es Kader geben, die nicht davor zurückschrecken, mit perfiden Stasi-Methoden Parteigenossen zu bespitzeln.

Daher noch einmal die Frage an Frau Kraft und die SPD: „Schließen Sie eine Koalition mit der Linkspartei zur Machtübernahme in NRW aus? Ja oder nein?“ Wir warten auf eine klare Antwort. Darauf haben die Wähler ein Recht.

**Forts. >**

(7)

WAZ, 20.04.2010, S. 2

Walter Bau: Optionen der Macht.  
Rot-Grün und andere Farbenspiele.

## Rot-Grün und andere Farbenspiele Optionen der Macht

Walter Bau

**D**as viel zitierte „Projekt“ war Rot-Grün im Grunde nie. Als 1985 in Hessen die erste rot-grüne Koalition die Arbeit aufnahm, war die Öko-Partei noch viel zu sehr in internen Macht- und Flügelkämpfen verstrickt, um sich auf das neue Bündnis mit der SPD zu konzentrieren. 1995 und 1998, als die beiden Parteien in Düsseldorf bzw. Berlin Koalitionen beschlossen, gingen die Sozialdemokraten mehr (Johannes Rau) oder minder (Gerhard Schröder) widerwillig den Bund mit den Grünen ein. Und heute?

Die „Zukunftscoalition“, die das rot-grüne Führungspersonal nun präsentierte, ist vor allem eines: eine Machtoption. Und zwar eine von mehreren. Das Lagerdenken der letzten 15 Jahre – hier Rot-Grün, da Schwarz-Gelb – gilt vor der NRW-Wahl nicht mehr. Es wurde abgelöst durch eine Politik der neuen Offenheit: Die Grünen könnten auch mit der CDU, die SPD würde eine große Koalition genauso mitmachen. In beiden Fällen würde sich die Union, die sich ihrerseits gerade vom schwarz-gelben „Privat vor Staat“ verabschiedet, nicht lange zieren.

Tatsächlich geht es nicht mehr um politische Langzeitprojekte, sondern um machstrategische Mehrheiten auf Zeit. Man kann dieses Parteien-Spiel mit Flexibilität umschreiben – oder aber mit Beliebigkeit.

(8)

WAZ, 21.04.2010, S. 2

Daniel Freudenreich: Finger weg.  
Streit um Akw-Laufzeiten.

## Streit um Akw-Laufzeiten Finger weg

Daniel Freudenreich

**W**enn Schwarz-Gelb bei einer Wahlniederlage in NRW längere Laufzeiten für Kernkraftwerke durchdrücken will – dann viel Spaß. Damit tut der Bund keinem einen Gefallen. Einmal angenommen, Atomenergie würde reine Ländersache. Dann hätte der Bund nicht mehr die Hoheit über die Sicherheit bei den Meilern. Die Energieriesen könnten allenfalls in den Pro-Atom-Ländern Bayern oder Baden-Württemberg dauerhaft mit längeren Laufzeiten kalkulieren. Anders wäre es in Schleswig-Holstein, wo alle fünf Jahre die realistische Chance auf eine Regierung mit den Grünen „droht“. Warum sollte ein Betreiber dort seinen Reaktor nachrüsten, wenn die Grünen über strenge Sicherheitsstandards längere Laufzeiten extrem verteuern könnten?

Für die Länder wäre die Kompetenzübertragung politisch hoch brisant. Jeden Störfall könnte die Opposition mit zu laschen Sicherheitsregeln erklären. Sollte sich ein solcher Verdacht auch nur ansatzweise als begründet herausstellen, wäre dies ein Image-Gau für die Landesregierung.

Längere Laufzeiten machen nur dann Sinn, wenn der Bundesrat zustimmt und der Bund bei der Kernkraft das Sagen hat. Andernfalls sollte Schwarz-Gelb den Ausstieg vom Ausstieg aus dem Ausstieg vornehmen.



(9)

WAZ, 22.04.2010, S. 2

Walter Bau: Genau hinsehen.

Die CDU und ihre Spender.

## Die CDU und ihre Spender Genau hinsehen

Walter Bau

**N**ordrhein-Westfalen befindet sich im Wahlkampf – da sind Politiker mit gegenseitigen „Skandal“-Vorwürfen schnell zur Hand. Es empfiehlt sich deshalb, genau hinzusehen. Was ist dran an den neuen Spendenvorwürfen gegen die CDU?

Klar ist: Das Lippstädter Unternehmen, das 2005 für den Wahlkampf der CDU eine erkleckliche Summe spendierte, hat sich selbst angezeigt und somit zumindest erhebliche Zweifel am eigenen legalen Umgang mit der Spende offenbart.

Hat die CDU dem Unternehmen geholfen, einen unrechtmäßigen Weg zu finden? Beweise dafür liegen nicht vor. Vermutungen allein reichen nicht.

Haben die CDU-Manager die Initiative, die Spenden akquirieren sollte, gleichsam als „Strohmann“ eingesetzt, um so das Spendengesetz zu umgehen? Ausgewiesene Rechtsexperten sprechen hier lediglich von einer Grauzone und von einer Lücke im Parteiengesetz.

Und: Gibt es Beweise, dass neben dem Lippstädter Unternehmen weitere Firmen fragwürdige Lösungen für ihre Spenden gefunden haben und sich damit das Ganze als eine Masche mit System entpuppt? Dies war bis gestern Abend nicht der Fall.

(10)

WAZ, 24.04.2010, S. 2

Ulrich Reitz: Einsame Liberale.

Ein Geleit zum FDP-Parteitag.

## Ein Geleit zum FDP-Parteitag

### Einsame Liberale

Ulrich Reitz

**W**er zwei Wochen vor einer Wahl einen Parteitag veranstaltet, will seine Anhänger einschwören und den Rest der Welt überzeugen. An sich zweifeln will er nicht.

Dazu aber hätte die FDP allen Anlass. In der nordrhein-westfälischen Union muss man jene, die an eine Wiederauflage von Schwarz-Gelb glauben, mit der Lupe suchen. Wobei die Stimmen verstummt sind, die die Schuld für die verdüsterte Perspektive nach Berlin schieben und auch dort bei den Liberalen abladen. Der Wahrnehmungswechsel der Union gründet sich auf eigene Fehler. Selbst Affären hinterlassen Spuren, nicht nur in den Zügen des CDU-Regierungschefs.

Der FDP sind ihre Selbstgewissheiten abhanden gekommen. Etwa die Annahme, besser regieren zu können als die SPD. Westerwelle wird bestreiten, immer noch nicht im Außen-Amt angekommen zu sein. Womöglich ist das Teil seines Problems. Die Diskussion über die Gerechtigkeit am Beispiel der Kopfpauschale wird in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen geführt, wahrnehmbar aber kaum vom liberalen Gesundheitsminister. Die Steuerreform schließlich, von der FDP zum Daseinsgrund stilisiert, ist geschreddert. Der Grund ist hausgemacht: Die geweckten Erwartungen waren schon vor der Wahl falsch.

Die zweite trügerisch gewordene Gewissheit betrifft den Partner. Die FDP kann sich der Union nicht mehr sicher sein. Angela Merkel hat mit der Großen Koalition gute Erfahrungen gemacht, beim Regieren und beim Kleinhalten der SPD. Mit der FDP zu regieren, hilft erkennbar nicht der Union, sondern der SPD. Merkel kann auch anders: Wieder mit der SPD, oder mit den Grünen.

Forts. &gt;

#### > Forts.

Was in Berlin gilt, gilt erst recht in Nordrhein-Westfalen. Treu ist Jürgen Rüttgers nur seiner Frau. Gewiss würde er mit den Liberalen gerne weiterregieren. Beide zusammen haben, gemessen am Koalitionsvertrag, Wort gehalten. Sollte das aber nicht funktionieren, dann eben anders: Mit den Grünen oder der SPD. Soeben hat Rüttgers sehr kühl und sehr kalkuliert ein liberales Mantra aus seinem Wortschatz gestrichen: Privat vor Staat. Das aber war die Überschrift, die der Regierungschef über Schwarz-Gelb gesetzt hatte.

Die FDP ist einsam geworden. Kaum noch jemand glaubt an sie, nicht einmal Manager. Glauben weder an deren Ziele noch an sie als Regierungspartner. Manches ist sie selbst Schuld, manches verantworten andere. Aber wer hätte das noch vor ein paar Monaten gedacht? Am Wochenende wird man viele Selbstbeschwörungsformeln hören. Es sind Erinnerungen an eine vergehende Zeit.

(11)

WAZ, 26.04.2010, S. 2

Dirk Hautkapp: Schreckgespenster.

Zahmer Westerwelle.

## Zahmer Westerwelle Schreckgespenster

Dirk Hautkapp

In jedem Endspurt vor Wahlen greifen Parteien auf das Instrument des Schreckgespenstes zurück. Wenn nichts mehr geht, mit dem größtmöglich anzunehmenden Übel zu hantieren, geht immer. Wahlmüde Bürger sollen so an die Urnen gelockt werden. Eine irrige Annahme.

Denn vor der Wahl in NRW sind sich ausgerechnet zwei Wunsch-Partner selbst die größten Schreckgespenster. Daran ändert der erste staatstragende Vortrag des Bundesaußenministers auf FDP-Terrain nichts. Ein vorübergehend auf Krawall und Polarisierung verzichtender Westerwelle macht keinen schwarz-gelben Harmonie-Frühling. In der Sache bleiben die Gräben breit und tief. Wann immer die FDP ihren Kopf hervorstreckt und ein angeblich leichter verdauliches Konzept für Steuersenkungen vorlegt, ist Finanzminister Schäuble reflexhaft mit der Sense zur Stelle und stutzt die Plagegeister. Es herrschen Missgunst, Misstrauen und, zusehends, politische Unvereinbarkeit. Siehe Steuerpolitik. Die FDP stemmt sich hier gegen Argumente, die schwer wie Blei wiegen – und von vielen Bürgern geteilt werden. Ein riskantes Spiel. Kippt Schwarz-Gelb in Düsseldorf aus den Regierungssesseln, dann auch, weil die FDP die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nehmen will.



(12)

WAZ, 27.04.2010a, S. 1

Christoph Meinerz: Rüttgers war besser.

**RÜTTGERS WAR BESSER**

**G**eschickt nutzte er seinen Amtsbonus als Ministerpräsident. Mit harten Fakten unterlegt (235 000 Arbeitslose weniger, 10 000 zusätzliche Stellen für Kindergärtnerinnen), ließ er geschickt die positive Bilanz seiner Regierungszeit einfließen. Das war der erste Treffer. Detailvertrauter als seine Herausforderin Kraft bewegte er sich in der Debatte über bundespolitische Themen wie etwa Hartz IV – und nutzte die Chance, an seine Rolle als soziales Gewissen in der Bundes-CDU zu erinnern. Das war der zweite Treffer. Krafts Angriffe konterte er locker („Ich kann nicht alles umsetzen, was Sie gar nicht erst angepackt haben“). Das war Treffer drei, der Hattrick.

**Christoph Meinerz**

(13)

WAZ, 27.04.2010b, S. 1

Theo Schumacher: Kraft war besser.

**KRAFT WAR BESSER**

**E**s war von Anfang an ein Duell auf Augenhöhe – und das war vor allem Hannelore Kraft zu verdanken. Die Herausforderin zeigte sich bei ihrem Debüt als Spitzenkandidatin gut vorbereitet. Sie ruhte in sich, ihre anfängliche Nervosität legte sich schnell. Kraft war die erste, die den Gegenspieler direkt anging. Sie redete insgesamt verständlicher als der Ministerpräsident. Ihre Beispiele waren plastischer, sie war damit näher bei den Menschen, ob sie über den harten Alltag von „Aufstockern“ sprach oder über Studiengebührenzahler, die mit Schulden die Uni verlassen. Ihr Schlusswort an die Bürger war herzlicher und fiel weniger theatralisch aus.

**Theo Schumacher**

(14)

WAZ, 28.04.2010, S. 2

Stefan Schulte: Fünf Gründe, den Griechen zu helfen.

Deutsches Geld für Athen?

## Deutsches Geld für Athen? Fünf Gründe, den Griechen zu helfen

Stefan Schulte

**W**eil das Zögern reiner Wahlkampf ist. Die Ankündigung der Europäer, Griechenland zu helfen, sollte dessen Gläubiger beruhigen. Das ist gründlich daneben gegangen, weil deutsche Politiker wegen der NRW-Wahl zaudern. Sie wollen den Bürgern erst nachher sagen, dass sie für die Griechen die Zeche zahlen sollen. Doch das macht alles nur schlimmer: Die Gläubiger verramschen aus Angst vor dem Totalverlust ihre Schuldscheine, die Zinsen steigen minütlich und auch die spätere Rettung wird immer teurer.

**Weil ein Dominoeffekt droht.** Lässt Europa die Griechen pleite gehen, wird kein solider Investor mehr klammen EU-Staaten Geld leihen. Staatsanleihen würden zu Zockerpapieren. Das würde sehr bald auch Portugal, Spanien, Italien und Irland den Geldhahn zudrehen. Kann sich die EU eine Rettung des kleinen Griechenland noch leisten, wäre das bei einem Land wie Spanien unbezahlbar. Der EU drohte die Spaltung.

**Weil sonst der Einfluss schwindet:** Hilft Europa den Griechen nicht, verliert es auch seinen Einfluss auf die nötigen Sparmaßnahmen. Wenn man die Griechen jetzt aus dem Euroland drängt, drücken sie wieder Drachmen und entschulden sich durch deren Abwertung. Genau das verhindert aber, dass der nötige Sparkurs durchgezogen wird.

&gt; Forts.

**Weil es eilt:** Griechenland muss am 19. Mai 8,5 Milliarden Euro auftreiben, um seine Schulden zu bedienen. Sie brauchen vorher Hilfe, damit sich die Märkte beruhigen und die Zinsen sinken. Danach ist es zu spät, dann müsste Griechenland auf neue Anleihen horrende zweistellige Zinsen zahlen.

**Weil direkte Hilfe billiger ist:** Werden griechische Anleihen wertlos, verlieren auch deutsche Banken sowie deren Aktionäre viel Geld, was letztlich die Kunden zu spüren bekommen. Kredite würden teurer – für Unternehmen wie für Privatkunden.

Forts. &gt;

(15)

WAZ, 29.04.2010, S. 2

Walter Bau: Bedingt gesprächsbereit.

Grüne Koalitions-Optionen.

## Grüne Koalitions-Optionen Bedingt gesprächsbereit

Walter Bau

**D**ie Grünen sind derzeit in einer glänzenden Ausgangsposition für den Tag nach der NRW-Wahl – zumindest wenn man den Umfragen traut. Demnach dürften sich die einstigen Schmuddelkinder der Politik, mit denen die etablierten Parteien nicht spielen (sprich: koalieren) wollten, nach dem 9. Mai vor Bündnisangeboten kaum retten können. CDU wie SPD spekulieren längst auf die Grünen als potenzielle Partner.

Doch was wollen die Grünen? Rot-Grün – klar. Schwarz-Grün – auch gut. Ampel – geht zur Not. Und was ist mit Rot-Rot-Grün? Anders als SPD-Chefin Kraft vollführt die grüne Front-Frau Löhrmann keinen verbalen Eiertanz, wenn die Sprache auf ein Paktieren mit der Linkspartei kommt. Man sei gesprächsbereit, lässt sie wissen.

Unverständlich ist, dass Löhrmann eine Koalition mit einer Partei, deren Programm vor irrwitzigen Versprechungen strotzt und die ein schillerndes Verhältnis zum Rechtsstaat pflegt, für möglich hält, aber ein Bündnis mit CDU und FDP kategorisch ausschließt. „Jamaika“ mit dem liberalen Erzfeind mag kein politisches Traumziel sein; aber unter demokratischen Parteien sollte man zumindest gesprächsbereit sein. Sonst läuft man Gefahr, unglaublich zu werden.



(16)

WAZ, 07.05.2010, S.2

Ulrich Reitz: Schwarz-Gelb scheint am Ende.  
Wahlen in Nordrhein-Westfalen.

## Wahlen in Nordrhein-Westfalen Schwarz-Gelb scheint am Ende

Ulrich Reitz

**R**ot-Grün, Schwarz-Grün, Große Koalition unter Führung von Hannelore Kraft oder Jürgen Rüttgers: Aus der politischen Mitte betrachtet, muss einen keine dieser Möglichkeiten nervös machen. Mulmig kann einem nur werden mit Blick auf die Linkspartei, die nicht nur für Bürgerliche in Union und FDP ein tiefrotes Tuch ist, sondern auch für mindestens die Bürgerlichen in der SPD. Darauf weist der Parteivorsitzende Gabriel seit längerem hin.

Wer einst in die SPD ging unter dem Eindruck der Niederschlagung des Prager Frühlings oder weil Willy Brandt als Berliner Bürgermeister leidenschaftlich die Freiheit gegen den Kommunismus verteidigte, teilt dieses grundsätzliche Unbehagen. In der SPD und in Nordrhein-Westfalen erst recht sind das viele. Es sind jene, von denen etwa die eine Generation jüngeren Grünen abschätzig als „Untote“ sprechen. Diese Genossen, darunter so mancher Alt-Bürgermeister, befürworten eine Große Koalition. Ihr Motiv ist nicht nur die biografisch gelernte Furcht vor der Linkspartei, sondern auch die Sorge um eine SPD, die ein solches Wagnis eingehen könnte. „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten.“ Solche unverschämten Plakate werden mancherorts von Tiefrotten geklebt. Es ist die Erinnerung an Stalins Sozialfaschismus-Vorwurf, der der Vernichtung der Sozialdemokratie durch die Kommunisten vorausging. Wem die SPD am Herzen liegt, der kann für Rot-Rot nicht sein, nicht einmal aus taktischen Erwägungen. Wobei ebenso befremdlich ist, dass die Grünen, die sich sonst gerne auf ihre libertären Wurzeln berufen, eher mit Tiefrotten als mit Liberalen regieren würden.

### > Forts.

Schwarz-Gelb erscheint inzwischen als die unwahrscheinlichste Variante. Das ist angesichts der Stimmung noch vor einem knappen halben Jahr wirklich bemerkenswert. Es gibt mehrere Gründe für diesen beispiellosen Abstieg. Alle sind hausgemacht. Rüttgers hat keinen Amtsbonus mehr. Das liegt weniger an der juristischen Qualität der größeren und kleineren Affären, sondern ihrer politischen Wirkung: Sie haben ihn augenscheinlich sein mühsam aufgebautes Landesvater-Image gekostet. Einmal ganz abgesehen davon, dass sein Johannes-Rau-Nacheifern in seiner eigenen Partei niemals ankam. Weshalb sollte sich seine Union auch plötzlich für jemanden begeistern, den man jahrelang ohnmächtig bekämpft hatte? Dann natürlich Schwarz-Gelb in Berlin. Diese Koalition verstieß lange Zeit gegen das urbürgerliche Versprechen, solide zu regieren. Und schließlich die Griechenland-Krise. Plötzlich zweifeln viele an den Macher-Qualitäten der Kanzlerin, laden die Furcht um ihr Geld bei der Regierungschefin ab und planen den Denktzettel für Düsseldorf.

Je mehr Parteien, desto mehr Möglichkeiten. Ein Stück Berechenbarkeit, alte bundesrepublikanische Sicherheit geht dabei verloren, gewiss. Doch ob das schlecht ist, muss sich erst noch zeigen. Es wäre allerdings verdienstvoll, wenn sich Demokraten einig wären in der Absage an Scheindemokraten.

Forts. &gt;

(17)

WAZ, 08.05.2010, S. 2

Ulrich Reitz: Es geht auch um Berlin.

Wahl in Nordrhein-Westfalen.

## Wahl in Nordrhein-Westfalen Es geht auch um Berlin

Ulrich Reitz

**D**ie nordrhein-westfälischen Wähler entscheiden an diesem Sonntag nicht nur über die Macht am Rhein. Sondern auch über die Macht an der Spree. Im Klartext: Verliert Schwarz-Gelb in Düsseldorf, ist auch Schwarz-Gelb in Berlin am Ende.

Ohne die Stimmen von Nordrhein-Westfalen hätten Angela Merkel und Guido Westerwelle im Bundesrat keine Mehrheit mehr. Dies hätte sehr praktische Folgen: Wesentliche Entscheidungen könnten die Partner nicht mehr durchsetzen. In der Gesundheitspolitik müsste sie von ihrer Kopfpauschal-Lösung lassen, die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken wäre de facto nicht durchsetzbar und eine Steuerreform mit niedrigeren Tarifen ebenso.

Der Hauptverlierer wären die Liberalen. Ganz gleich, ob in Düsseldorf Rot-Grün, Rot-Schwarz, Schwarz-Grün oder Rot-Rot-Grün regieren – jede dieser Konstellationen würde in Berlin zu einer faktischen Großen Koalition führen. Merkel hätte Westerwelle am Kabinetttisch, aber ihre Mehrheiten müsste sie sich mit Steinmeier organisieren. Eine absurde Lage. Wie lange unter diesen Bedingungen Schwarz-Gelb überhaupt regieren könnte, stünde in den Sternen. Dass es bei einem solchen Wahlausgang in Düsseldorf sehr schnell zu einer Führungsdebatte in der FDP käme, kann als gewiss gelten. In Düsseldorf geht es nicht nur um Rüttgers und Pinkwart, sondern auch um Westerwelle. Merkel hingegen könnte mit einem anderen Partner politisch überleben. Vor einer unangenehmen Diskussion um den CDU-Vorsitz wäre aber auch sie nicht mehr sicher.

(18)

WAZ, 10.05.2010a, S. 1

Walter Bau: Krafts Erfolg.

**DER KOMMENTAR****Krafts  
Erfolg**

Walter Bau

**D**ie gefühlte Siegerin des Wahlabends heißt Hannelore Kraft. Sie hat geschafft, womit noch vor wenigen Monaten kaum einer ernsthaft gerechnet hätte: die SPD nach der historischen Niederlage von 2005 nach nur fünf Jahren Opposition wieder als starke Kraft im Land zu etablieren – auf Augenhöhe mit der CDU. Gut möglich, dass die Sozialdemokratin die erste Frau an der Spitze einer Landesregierung in NRW wird.

Auch wenn die SPD im Vergleich zu 2005 erneut Stimmenanteile verloren hat und auch wenn die Stärke der Sozialdemokraten zu einem Gutteil aus der Schwäche von CDU und FDP erwächst – Kraft ist das Kunststück gelungen, dass sich die Partei nach dem Machtverlust nicht in Flügelkämpfe verstrickte, sondern hinter der neuen Vorsitzenden vereinte. Krafts Kunststück ist umso erstaunlicher, als die Mülheimerin erst relativ spät als Seiteneinsteigerin ihre Politik- und Parteikarriere startete.

**Forts. >****> Forts.**

Zu den klaren Gewinnern des Wahlabends zählen vor allem auch die Grünen, die ihren Stimmenanteil verdoppelten. Damit kommt auch für sie die Regierungsbeteiligung in NRW wieder in erreichbare Nähe.

Insgesamt hat der Wahlabend die politischen Kräfteverhältnisse in Nordrhein-Westfalen ganz neu aufgeteilt. Hannelore Kraft ist nun ein politisches Schwergewicht.



(19)

WAZ, 10.05.2010b, S. 2

Ulrich Reitz: Schwarz-Gelb in Berlin – eine lahme Ente.

Weshalb Rüttgers verlor.

## Weshalb Rüttgers verlor Schwarz-Gelb in Berlin – eine lahme Ente

Ulrich Reitz

**D**ie CDU ist jetzt wieder da, wo sie unter Bernhard Worms war. Die FDP ist wieder an der Todeslinie. Noch Fragen? Selten ist eine Landesregierung derart abgestraft worden wie die Koalition von Jürgen Rüttgers und Andreas Pinkwart. Die Gründe.

Erstens: Arroganz der Macht. Rüttgers hielt sich für unschlagbar und vermittelte diesen Eindruck an seine Umgebung. In einer Wagenburg kann man nicht gewinnen.

Zweitens: Abschottung der Spitze. Die CDU-Führung war ein Raumschiff, ebenso wie die Staatskanzlei. Rüttgers hat die Seinen nicht mitgenommen. Ein mehr oder weniger einsamer Wolf. Wenn es dann am Ende auf die Mobilisierung der eigenen Leute ankommt, wirkt sich dies fatal aus.

Drittens: Rüttgers wurde in die Zange genommen. Dort der Berliner Virus, hier verprellte, vergrätzte, wütende Ex-Vertraute, die kalt Rache nahmen. Es war eine generalstabsmäßig organisierte Hinrichtung aus den eigenen Reihen. Dies nur den Hecken-schützen anzulasten, wäre unredlich. Rüttgers hat hier als Integrator nach Innen versagt.

Viertens: Wer Johannes Rau kopiert, ist eben auch nur eine Kopie. Er operiert mit geliehener Autorität, anstatt eine eigene politische Persönlichkeit aufzubauen. Die Johannes-Rau-Nummer ist zudem zu keinem Zeitpunkt von den Christdemokraten akzeptiert, geschweige denn mitvollzogen worden.

### > Forts.

Und die FDP? Sie hat ihren Niedergang selbst mitzuverantworten. Mit der unseligen Hotelsteuer-Senkung fing das Übel an. Die NRW-FDP zeichnete den Berliner Beschluss gegen. Die Liberalen müssen jetzt die schmerzliche Erfahrung machen, dass ordentliches Regieren ihr in Düsseldorf nichts nutzt, wenn es in Berlin schief läuft. Spätestens morgen wird die Debatte beginnen über den Parteichef Westerwelle. Und mit ihr über die Ausrichtung der FDP. Die reine Steuersenkungspartei hat schon jetzt keine Zukunft mehr. Denkbar, dass es zu einer sozialliberalen Renaissance kommt.

Was das alles für Berlin bedeutet: Schwarz-Gelb ist faktisch am Ende. Die Bundesratsmehrheit ist weg. Kanzlerin Merkel muss in einer Allparteien-Regierung weitermachen. Die Verlängerung der Atomkraftwerk-Laufzeiten hat sich erledigt, ebenso die Kopfpauschalen-Gesundheitsreform. Und ganz gewiss die Senkung der Steuern. Ab heute gibt es in Berlin eine neue Zeitrechnung.

Forts. &gt;

(20)

WAZ, 11.05.2010, S. 2

Ulrich Reitz: Der Poker um die Macht an Rhein und Ruhr.

Am Tag nach dem Erdrutsch in NRW.

## Am Tag nach dem Erdrutsch in NRW Der Poker um die Macht an Rhein und Ruhr

Ulrich Reitz

In den frühen Morgenstunden sind gestern viele Sozialdemokraten als gefühlte Sieger beglückt schlafen gegangen, um am Morgen mit einem ausgewachsenen Kater wieder aufzuwachen. Rein rechnerisch hat die SPD jetzt zwar zwei Möglichkeiten, aber die eine ist unappetitlicher als die andere.

In eine Große Koalition mit den Christdemokraten käme sie nur als Juniorpartner – koalieren mit der Verlierer-CDU? Es wäre der Horror schlechthin für die Parteiseele.

Die üble Alternative heißt Rot-Rot-Grün. Nicht regierungsfähig, nicht regierungswillig, hat Hannelore Kraft über die Linkspartei geurteilt. Allerdings hat sie, anders als die hessische SPD-Spitzenfrau Andrea Ypsilanti, auch nie eine Koalition mit der Linken ausgeschlossen. Das gibt ihr jetzt den taktischen Spielraum, mit der Linken zu verhandeln.

Aber auch Kraft weiß, dass ein derartiges Bündnis die SPD vor eine Zerreißprobe stellen würde. Die SPD müsste sogar mit einer Austrittswelle von „Steinbrückianern“ rechnen. Und wie könnte man ein solches Bündnis mit einer Protestpartei stabil gestalten?

Was macht Kraft jetzt? Rot-Grün fehlt ein Mandat. Was läge näher als zu versuchen, einen linken Abgeordneten zum Übertritt zu bewegen, zur SPD oder zu den Grünen?

### > Forts.

Die Union macht, was ihr als einzige Option bleibt: Sie schließt die Reihen um ihren angeschlagenen Spitzenmann Jürgen Rüttgers, erklärt sich zu einer Großen Koalition bereit, mit dem Argument, eine radikale Partei aus der Regierung fernzuhalten und wartet ansonsten ab. Dass Kraft die Regierung für sich und die SPD beansprucht, ist im Moment die beste Versicherung für Rüttgers. Er kann gar nicht abtreten, was er am Wahlabend schon beschlossen und seinen Führungsleuten angeboten hatte, weil dies die Verhandlungsposition der Union mit der SPD schwächen würde (das wäre anders, würde die Kanzlerin ihn etwa als Innenminister nach Berlin holen).

Rüttgers' Rückzug könnte ansonsten am Ende möglicher Koalitionsverhandlungen mit der SPD stehen. Für diesen Fall kann man getrost den Integrationsminister Armin Laschet als Favoriten auf den Stuhl des Ministerpräsidenten ansehen. Der Berliner Umweltminister Norbert Röttgen dürfte versuchen, sich den Landesvorsitz zu sichern, den Rüttgers in Personalunion mit dem Ministerpräsidentenamt innehat. Nun beginnt ein großes Pokerspiel um die Macht an Rhein und Ruhr. Nicht, wer die besten Karten, sondern, wer die besten Nerven hat, gewinnt.

Forts. &gt;



(21)

WAZ, 12.05.2010a, S. 2

Ulrich Reitz: Wackelt die FDP etwa?

Koalitionspoker in NRW.

**Koalitionspoker in NRW****Wackelt die  
FDP etwa?**

Ulrich Reitz

**W**ackelt die FDP? Will sie sich in eine Ampelkoalition mit SPD und Grünen schleichen? Schielt sie auf Versorgungsposten in einem neuen Kabinett? Will sie sich damit etwa an der Union kalt rächen, die vor der Wahl mit den Grünen flirtete und nach der Wahl ebenso offensichtlich mit der SPD, ihrer einzigen Machtperspektive?

Der Parteichef streitet das jedenfalls vehement ab, auch wenn die Angelegenheit nicht ganz so einfach zu verstehen ist. Vor der Wahl hatten die Liberalen sich für eine Koalition mit der Union ausgesprochen. Außerdem hatten sie beschlossen, dass es Gespräche mit anderen Parteien nicht geben könne, wenn die sich nicht eindeutig von radikalen Parteien distanzieren. Gestern erklärte nun Parteichef Pinkwart, Gespräche könne es nur geben, nachdem diese eindeutige Distanzierung stattgefunden habe. Pinkwart sagt, er wolle einer Legende vorbeugen: Dass im Falle von Rot-Rot-Grün den Liberalen von SPD und Grünen dafür die Schuld in die Schuhe geschoben werde, nach dem Motto: Ihr wolltet ja nicht. Tatsächlich setzen seit gestern SPD und Grüne die Liberalen unter Druck, ohne jedoch eine Koalition mit der Linkspartei auszuschließen. Bleibt es so, haben sich alle weiteren Gespräche mit der FDP erledigt, sagt der Parteichef.

Tatsächlich spricht aus FDP-Sicht sehr viel gegen eine Ampel. Vor allem das beinahe zerrüttete Verhältnis zu den Grünen. Die beiden sind im Kampf um die bürgerliche Kraft zu erbitterten Konkurrenten geworden. Die FDP kann auf eine ähnliche Lage in Hessen verweisen, wo sie gleichfalls eine Ampel hätte vereinbaren können und sich für die Opposition entschied. Für die SPD wäre eine Ampel die eleganteste Lösung. Sie müsste nicht mit dem Wahlverlierer Union koalieren und nicht mit den Tiefroten, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Es sieht allerdings nicht so aus, dass die Liberalen die SPD aus diesem Dilemma befreien würden.

(22)

WAZ, 12.05.2010b, S. 2

Walter Bau: Die Stunde der bitteren Wahrheit.

Neue Debatte um Sparpolitik



**Neue Debatte um Sparpolitik**  
**Die Stunde der bitteren Wahrheit**  
Walter Bau

**D**ie Wahlkampfschlacht um Nordrhein-Westfalen ist geschlagen – jetzt wird Klartext geredet.

Zuerst räumte Kanzlerin Merkel die Steuersenkungs-Fantastereien ihrer liberalen Partner ab, nun zeigen Spitzenpolitiker von CDU und FDP dem Volk die Folterinstrumente: Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand. Selbst bei Bildungsausgaben und Krippenplätzen soll der Rotstift angesetzt werden. Ein hochrangiger CDU-Mann bezeichnete entsprechende Gedankenspiele gestern schönfärberisch als die „Priorisierung unsere politischen Ziele“. Tatsächlich kämen solche Überlegungen, würden sie denn Realität, einer Bankrotterklärung der Politik gleich.

Die Bundeskanzlerin hat stets den Ausbau Deutschlands zur „Bildungsrepublik“ versprochen. Wenn nun der hessische CDU-Landesfürst Roland Koch trotzdem Kürzungen ausdrücklich bei Bildung und Betreuung das Wort redet, ist das nicht nur ein Affront des konservativen Hardliners gegen die Regierungs- und Partei-Chefin Merkel. Sein Vorstoß ist auch wider jede gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Vernunft. Ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sowie ein finanziell gut unterfüttertes Bildungssystem sind unabdingbare Voraussetzungen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für den Erhalt des Wohlstandsniveaus Deutschlands. Wer hier die Axt ansetzt, handelt kurzsichtig und unverantwortlich.

Richtig ist aber auch: Die Stunde der bitteren Wahrheiten rückt näher. Die exorbitante Verschuldung öffentlicher Kassen, aktuell durch die dramatische Euro-Krise noch einmal verschärft, wird schmerzliche Einschnitte unumgänglich machen. Die Bildung und Ausbildung unserer Kinder allerdings muss dabei tabu bleiben.



(23)

WAZ, 13.05.2010, S. 2

Walter Bau: Merkels Zeit als Moderatorin ist vorbei.  
Kanzlerin in der Kritik.

## Kanzlerin in der Kritik Merkels Zeit als Moderatorin ist vorbei

Walter Bau

**D**urchregieren – Angela Merkels alter Traum. Er wurde schon 2005, als die CDU-Chefin gemeinsam mit der FDP die abgewirtschaftete rot-grüne Regierung Schröder/Fischer ablösen wollte, nicht Realität. Merkel musste in die Große Koalition. Heute ist die Regierungschefin trotz einer schwarz-gelb gefärbten Bundesregierung weiter denn je davon entfernt. Statt Durchregieren ist Durchwurschteln angesagt.

Auf den pannenreichen Stolperstart ihrer Koalition folgte die Pleite der „Eurofigherin“ Merkel. Bis dato als clevere Krisenmanagerin gerade auf internationalem Parkett gefeiert, glitt ihr bei den Verhandlungen über das Euro-Rettungspaket das Heft des Handelns aus der Hand. Aus der gewieften Taktikerin wurde eine unsichere Zauderin.

Kam die Kritik an der Kanzlerin bislang vor allem aus den Reihen der Opposition, so scheinen nach dem Wahldebakel der CDU in NRW und dem Verlust der Bundesrats-Mehrheit auch in Merkels eigener Partei alle Dämme zu brechen. Die Heckenschützen in der Union, die offenbar schon lange auf eine Schwäche der Vorsitzenden gelauert haben, treten nun aus der Deckung. So verkündet etwa CDU-Vorstandsmitglied Josef Schlarmann unverhohlen, er sehe die Gefahr, „dass das schwarz-gelbe Projekt im Bund nach nur sieben Monaten schon wieder vor dem Ende steht“. Aus Bayern zielt die CSU auf Merkel, auch der Hesse Roland Koch prescht vor. Der Autoritätsverlust der Regierungs- und Parteichefin ist dramatisch.

**Forts. >**

**> Forts.**

Merkel, die große Moderatorin, muss ihren Führungsstil ändern. Abwartendes Taktieren, bislang ihre Stärke, wird ihr künftig als Schwäche ausgelegt werden. Sie muss den liberalen Koalitionspartner in die Schranken weisen; die Absage an umfangliche Steuersenkungen kann da nur der erste Schritt gewesen sein. Als CDU-Chefin muss sie sich dem Streit in ihrer Partei stellen und die Marschrichtung vorgeben, statt sich treiben zu lassen.

Doch das Grundproblem Merkels bleibt: Sie hat für weite Teile ihrer Politik den falschen Koalitionspartner. Die Liberalen versuchen, sich mit populistisch-maßlosen Forderungen zu profilieren, fühlen sich ständig missverstanden, gefallen sich in der Rolle der dauerbeleidigten Leberwurst. Antworten auf drängende Fragen, etwa auf die Zügellosigkeit der Finanzmärkte, bleiben sie schuldig. Konnte sich Merkel vier Jahre lang auf verlässliche Partner wie Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück stützen, ist sie nun auf augenscheinlich überforderte Leute wie Guido Westerwelle oder Rainer Brüderle angewiesen. Keine schöne Perspektive.

(24)

WAZ, 15.05.2010a, S. 2

Walter Bau: Falscher Ort, falsche Zeit.

Die FDP und die Ampel.

## Die FDP und die Ampel Falscher Ort, falsche Zeit

Walter Bau

**D**as Gehampel um die Ampel ist vorbei – und das ist auch gut so. Die unübersichtliche Debattenlage der vergangenen Tage in der FDP mit sich widersprechenden Verlautbarungen hat zeitweise den Blick auf die Realität verstellt. Und die lautet: Für eine Koalition zwischen SPD, Grünen und FDP in NRW gab es nach dem Wahlabend zu keinem Zeitpunkt eine politische wie personelle Grundlage.

Vor allem Liberale und Grüne in NRW trennen Welten. In landespolitischen Kernfragen wie Studiengebühren, Schulpolitik oder Innere Sicherheit liegen die Positionen so weit auseinander, dass eine Verständigung nicht vorstellbar ist. Zudem haben die oft scharfen, polemischen Auseinandersetzungen zwischen FDP und Grünen in den vergangenen fünf Jahren auch menschlich Wunden geschlagen, die nicht so einfach zu heilen sind.

Gleichwohl müssen die Freidemokraten insgesamt daran arbeiten, ihre Bündnisoptionen zu erweitern. Eine Fixierung allein auf die CDU engt die strategischen Möglichkeiten zu sehr ein. Die Chance auf eine Öffnung zu SPD und Grünen könnte sich bei den nächsten Wahlen in Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg bieten. NRW 2010 war dafür der falsche Ort zur falschen Zeit.

(25)

WAZ, 15.05.2010b, S. 2

Dirk Hautkapp: Jenseits von Lafontaine.

Kursdebatte bei den Linken.

## Kursdebatte bei den Linken Jenseits von Lafontaine

Dirk Hautkapp

**I**m Grunde steht es gar nicht auf der Tagesordnung. Und doch wird der erste Programmwurf der neuen gesamtdeutschen Linkspartei das Rostocker Stelldichein ab Samstag unterschwellig weit mehr prägen als der Personalmarathon zur Einleitung der Post-Lafontaine-Ära.

An der Ostsee hat die Linke die Chance, sich schon heute von der letztlich auf Bündnisunfähigkeit angelegten Lesart zu emanzipieren, die der große Zerstörer der SPD dem Partei-Hybriden aus Ost und West als Vermächtnis hinterlassen hat. Mit Blick auf die sechs im kommenden Jahr stattfindenden Landtagswahlen, aber auch für den aktuellen Koalitionspoker in NRW, ist es wichtig zu wissen, wohin der Zug der Linken mutmaßlich fahren wird.

Noch stehen beide Ziele auf dem Kurszettel: ein neosozialistisches Utopia der Unerfüllbarkeiten. Und ein an SPD und Grüne mittelfristig andockfähiges Konzept eines starken Staates, der führt und fordert, aber nicht gängelt.

Was die Linke heute an die Spitze wählen wird, ist kein Wechsel für die Ewigkeit. In zwei Jahren wird abgerechnet. Aber auch eine Interimslösung kann Klärung bewirken, wenn sie denn das Beste aus der Lage der Dinge machen will.

**b) Westdeutsche Zeitung (Anzahl: 14)****(1)**

WZ, 12.04.2010, S. 4

Wibke Busch: Offenes Rennen.



**KOMMENTAR**

Von Wibke Busch



## Offenes Rennen

Spannender könnte das Rennen kaum sein. In der aktuellen Umfrage legt die CDU zwar zu, SPD und Grüne liegen aber erstmals vor CDU und FDP. Eine Mehrheit hat weiterhin keines der beiden Lager.

In den nächsten Wochen kommt es nun darauf an, die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und die Unentschlossenen für sich zu gewinnen, um am Wahlabend die Nase möglichst deutlich vorn zu haben. Probleme haben beide großen Parteien. Rüttgers muss sich vom Bundestrend abkoppeln, Kraft mehr davon profitieren.

 [wibke.busch@wz.plus.de](mailto:wibke.busch@wz.plus.de)



(2)

WZ, 16.04.2010, S. 2

Stefan Küper: „Big Brother“ darf nicht mitfahren.

Das Maut-Modell birgt vor allem Datenschutz-Probleme.



## KOMMENTAR Das Maut-Modell birgt vor allem Datenschutz-Probleme „Big Brother“ darf nicht mitfahren

**Von Stefan Küper**
[stefan.kueper@wz-plus.de](mailto:stefan.kueper@wz-plus.de)

**D**ass die Pkw-Maut irgendein Thema werden würde, war absehbar. Vermutlich war es gestern vor allem der Zeitpunkt, der die Bundesregierung so aufgeschreckt hat. Gut drei Wochen vor der Landtagswahl in NRW ist die Maut etwas, an dem man sich nur die Finger verbrennen kann. Ob das Dementi von gestern also auch für die nächsten Jahre gilt, ist alles andere als sicher.

Die Studie des Umweltbundesamtes ist in der Analyse gut nachvollziehbar. Die Experten

rechnen vor, dass die Kosten des Autofahrens für die Gesellschaft höher sind, als die Einnahmen über Kfz- und Spritsteuern. Gemeint sind damit vor allem Kosten für Umweltschäden wie Luftverschmutzung und Naturraum-Zerstörung durch Straßenbau sowie der Anteil des Verkehrs am Klimawandel. Das Fazit:

Diese Folgen müssten zum einen durch Verkehrssteuerung und andere Maßnahmen gesenkt werden. Zum anderen sollten die Autofahrer genau in der Größenordnung an diesen Kosten beteiligt werden, in der sie sie auch verursacht haben. Das sei gerecht.

Das vorgeschlagene Maut-

Modell für alle Straßen erreicht dieses Ziel. Zahlen müssten vor allem Vielfahrer und Besitzer von Autos mit hohem Verbrauch. Profitieren würden diejenigen, die wenig fahren und sparsame Autos nutzen, da die Kfz-Steuer gestrichen und eventuell andere Steuern verringert würden.

Der Haken liegt in der Umsetzung. Der Aufbau eines solchen Systems wäre teuer – für den Staat und für jeden Autofahrer, der sich das entsprechende GPS-Gerät einbauen lassen müsste. Und, noch bedenklicher: Wer flächendeckend Maut erhebt, muss flächendeckend per GPS Fahrtwege erfassen. Gelangten die Daten in

falsche Hände, ließen sich damit Bewegungsprofile erstellen.

Deutschlands Straßennetz würde zu einer Art „Big Brother“-Container im Riesenformat – eine gruselige Vorstellung.

Nein, dieses Maut-Modell geht zu weit. Trotzdem bleibt die Forderung aktuell, „Umweltkosten“ nicht einfach auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Die zweite Forderung muss lauten, dass der Staat die 50 Milliarden Euro pro Jahr, die er aus Kfz- und Spritsteuern sowie Lkw-Maut erhält, auch in den Verkehrsbereich investiert: in Straßenreparaturen, Verkehrsleitsysteme und bessere Bus- und Bahn-Angebote.

(3)

WZ, 19.04.2010, S. 5

Thomas Wittke: Anreize schaffen.



## Anreize schaffen

Auch wenn es vorläufig keinen Konsens gibt, darf das Entlastungsthema nicht grundsätzlich von der politischen Tagesordnung verschwinden. Das Steuerelement sollte durchaus dafür eingesetzt werden, den Mittelstand zu entlasten, um hier Anreiz für neue Beschäftigungsimpulse zu geben. Nur: Dies setzt ein durchdachtes und finanzierbares Entlastungskonzept voraus, das nach dem 9. Mai ohne Hektik erarbeitet werden kann.

 [politik@wz-plus.de](mailto:politik@wz-plus.de)

(4)

WZ, 24.04.2010, S. 2

Frank Uferkamp: Kerze am Ende des Tunnels.

Das Land sagt den Städten erstmals Hilfe zu.



KOMMENTAR Das Land sagt den Städten erstmals Hilfe zu

## Kerze am Ende des Tunnels

Von Frank Uferkamp

frank.uferkamp@wz-plus.de

Zwei Wochen vor der Landtagswahl kann die Lobby der armen Städte einen großen Erfolg verbuchen: Finanzminister Linsen hat erstmals eine direkte Hilfe des Landes für die völlig überschuldeten Städte zugesagt. Nach Jahren des Protestes und des Diskutierens, des Streits und des Haders sicherlich ein guter Tag für die Stadtoberhäupter aus dem Bergischen Land und dem Ruhrgebiet. Denn Linsen steht nun im Wort. Hinter seine Zusage „Das Land wird helfen“ kann keine Landesregierung zurückfal-

len. Die Städte haben erstmals einen Fuß in der Tür.

Das ist eine erstaunliche Entwicklung. Noch zu Wochenbeginn hatte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers im Interview mit unserer Zeitung erklärt, das Land könne leider angesichts der eigenen desolaten Lage nicht helfen. Die Resonanz darauf in den armen Städten, die zu einem guten Teil von der CDU regiert werden, war heftig und negativ. Schon zuvor hatte Linsen, der besser als die meisten in der CDU die Stimmung an der Basis kennt, den Spielraum für Finanzhilfen ausgelotet. Dass er nun eine Zusage geben kann, hängt natür-

lich mit dem nahen Wahltermin zusammen. Die CDU will auch in Wuppertal, Remscheid oder Oberhausen ordentlich abschnelden. Dass dabei der eigentlich zuständige, aber bei den Städten äußerst unbeliebte FDP-Innenminister Wolf einfach übergangen wird, sagt alles über dessen aktuellen Stellenwert in der schwarz-gelben Koalition.

Doch täusche sich niemand: Linsens Versprechen ist noch kein bares Geld. Und vor allem wird die Hilfe vom Land – wie auch immer sie ausfallen mag – nicht dazu führen, dass geschlossene Bäder, Büchereien oder gar Theater wieder eröffnet werden.

Diesen Preis müssen die Kommunen wohl zahlen. Zu spät haben sie selbst die Zeichen der Zeit erkannt und ihre Möglichkeiten den veränderten Rahmenbedingungen mit schrumpfender Bevölkerung und einer Industriegesellschaft im rasanten Wandel angepasst. Aber richtig ist auch: Allzu lange haben Bund und Land die Städte sträflich alleine gelassen.

Das scheint sich nun zu ändern, die Oberbürgermeister und Kämmerer haben dafür in den vergangenen Jahren dicke Bretter gebohrt. Wenn alles gut geht, steht seit gestern eine kleine Kerze am Ende des Tunnels.



(5)

WZ, 26.04.2010, S. 2

Lothar Leuschen: Die FDP sucht den Superliberalen.  
Überwältigendes Wahlergebnis für Christian Lindner.



## KOMMENTAR Überwältigendes Wahlergebnis für Christian Lindner *Die FDP sucht den Superliberalen*

Von Lothar Leuschen

lothar.leuschen@wz-plus.de

**D**ie FDP hat knapp zwei Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen beschlossen, auf Konfrontationskurs zum Koalitionspartner in Berlin und Düsseldorf zu bleiben. Das deutliche Votum für das in der Union kritisierte fünfstufige Steuersystem ist ein klares Signal an Bundeskanzlerin Angela Merkel und deren Finanzminister Wolfgang Schäuble. Die Liberalen halten an dem fest, was sie den Bürgern vor der Bundestagswahl im September vergangenen Jahres versprochen: weniger Staat,

mehr privat, weniger Steuerlast. Dass die Mehrheit in Deutschland Schuldenabbau statt Steuer-senkung fordert und die Liberalen auch deshalb in Umfragen immer wieder abgestraft, ficht die FDP nicht an. Es darf sie auch nicht anfechten, weil sie Profil braucht, um wenigstens noch von ihrer Stammklientel erkannt zu werden. Auf Leihstimmen der CDU darf sie in NRW nicht mehr hoffen. Denn die Union hat allen Treuebekennntnissen zum Trotz in den Grünen eine echte Koalitionsoption.

Die FDP befindet sich in einer äußerst schwierigen Lage. Sie hat zur Zeit keine mehrheitsfähigen

Politikentwürfe. Und was noch viel schwerer wiegt: Sie hat kein vorzeigbares Personal. Der Vorsitzende und Außenminister Guido Westerwelle kommt aus seinem Umfragetief nicht mehr heraus. Dabei bekleidet er ein Amt, das all seinen Vorgängern sehr schnell sehr viel Sympathie eingebracht hat. Der ehemalige Generalsekretär Dirk Niebel macht in seinem von ihm ohnehin ungeliebten Entwicklungshilfeministerium keine gute Figur. Und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat sich bei aller berechtigter Kritik an der katholischen Kirche mit ihrem undiplomatischen Kurs

gegen die Bischöfe nicht nur Freunde gemacht.

All das ist unkomfortabel für eine Partei, von der am 9. Mai das Wohl und Wehe einer Landesregierung und der Bundesregierung abhängt, die ihre Mehrheit im Bundesrat verlieren könnte.

Wie bewusst sich die Delegierten in Köln der prekären Lage ihrer Partei gewesen sind, zeigt die Zustimmung, mit der Christian Lindner als Nachfolger von Niebel zum Generalsekretär gewählt wurde. Fast 96 Prozent ist ein ungewöhnliches Ergebnis. Es belegt, wie sehr sich die Liberalen nach einer Identifikationsfigur sehnen.

(6)

WZ, 27.04.2010, S. 5


Anja Clemens-Smicek: Mehr Lehrer.

**KOMMENTAR**

Von Anja Clemens-Smicek

**Mehr Lehrer**

Keine Frage: Jede Maßnahme, die Hauptschülern den Weg in eine Berufsausbildung ebnet, ist zu begrüßen. Doch der Vorstoß von Annette Schavan hat Haken und zeigt die Hilflosigkeit, mit der die Politik am System Schule herumdoktert. Der Haken: Bildungspolitik ist Ländersache. Ob Schavan dort mit ihrem Vorschlag Gehör findet, ist längst nicht sicher. Die Hilflosigkeit: Um der mangelnden Ausbildungsreife vieler Schulabgänger entgegenzuwirken, ist es mit Lotsen in Ballungsgebieten allein nicht getan. Mehr Geld und mehr Lehrer in die Schulen – das muss das Ziel sein.

 [anja.clemens-smicek@wz-plus.de](mailto:anja.clemens-smicek@wz-plus.de)

(7)

WZ, 28.04.2010, S. 2

Frank Uferkamp: Das sanfte Plätschern aus dem Studio.

Das TV-Duell Rüttgers-Kraft sahen nur 720 000 Zuschauer.



KOMMENTAR

Das TV-Duell Rüttgers-Kraft sahen nur 720 000 Zuschauer

## Das sanfte Plätschern aus dem Studio

Von Frank Uferkamp

frank.uferkamp@wz-plus.de

Am Tag danach ist es so, wie es immer ist in der Politik: Alle fühlen sich als Sieger. Nach dem TV-Duell zwischen Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und seiner SPD-Herausforderin Hannelore Kraft kann man das sogar verstehen und eindeutig interpretieren: Es war ein Unentschieden, das am Ende der 60 Minuten stand. Für dieses Aufeinandertreffen war freilich der martialische Titel Duell unpassend, weckt das doch gleich Bilder von wütenden Kontrahenten, die sich mit Pistolen oder doch wenigstens einem Flo-

rett attackieren. Es war mehr ein gepflegter Austausch von bekannten Forderungen, dessen Fluss selten von kritischen Moderatoren oder Angriffen des Gegners unterbrochen wurde.

So schmutzig, wie es Vertreter von CDU und SPD bereits seit Wochen behaupten, ist dieser Wahlkampf also nicht, das ist der positive Aspekt. Rüttgers und Kraft gingen respektvoll miteinander um, offenkundig haben die Beraterteams eindringlich vor allzu heftigen Attacken gewarnt. Schließlich wird den Politikern seit Jahren von ihren Einflüsterern eingeimpft: Streift ist Kassen- gift an der Wahlurne.

Doch unterschätzt man den Wähler damit nicht? Muss aus Angst vor einem klaren Wort wirklich jedes strittige Argument weggelächelt werden? Betrachtet man die 60 Minuten Rüttgers-Kraft, liegt diese Interpretation nahe. Ein bisschen mehr Pfiff, eine Spur mehr Emotion hätte der Diskussion gut getan. Dazu hätten auch die beiden Moderatoren beitragen können. Doch die begnügten sich mit der Rolle als Stichwortgeber.

Kraft konnte sich Rüttgers auf Augenhöhe präsentieren. Das ist für sie ein Erfolg. Sie wirkte faktensicher, punktete vor allem beim Thema soziale Gerechtig-

keit und wirkte authentisch. Rüttgers setzte Punkttreffer beim Thema Bildung und überraschte mit dem ein oder anderen – freilich sehr höflichen – Angriff, bei der er die Rollen tauschte und wie ein Herausforderer auftrat.

Die Sendung hatte lediglich 720 000 Zuschauer, und das ist es, was Kraft bedenklich stimmen muss. Die SPD-Frau ist auf eine hohe Mobilisierung angewiesen, will sie Ministerpräsidentin werden. Rüttgers setzt mit seinem „Weiter-So“-Wahlkampf auf eine niedrige Wahlbeteiligung. Das sanfte Plätschern aus dem Fernsehstudio kommt ihm da gerade recht.



(8)

WZ, 03.05.2010

Frank Uferkamp: Die Chancen der Kleineren.

**KOMMENTAR**

Von Frank Uferkamp



## Die Chancen der Kleineren

Die Lage der beiden kleineren Parteien ist höchst unterschiedlich. Angesichts der Umfragen muss die FDP um ihren Verbleib in der Regierung bangen. Sie hat sich auf die CDU als einzigen Partner festgelegt. Dafür gibt es augenscheinlich keine Mehrheit. Unter dem Druck ist es nicht unmöglich, dass die FDP sich nach der Wahl noch einmal bewegt. Die Grünen stehen vermeintlich besser da: Ohne sie ist rechnerisch derzeit nur eine Große Koalition möglich. Die Frage ist nur, was der Wähler sagt. Denn das Spektrum der Partner reicht bei den Grünen von der CDU bis zur Linkspartei.

frank.uferkamp@wz-plus.de

(9)

WZ, 04.05.2010, S. 1

Frank Uferkamp: Entzaubert.

**KOMMENTAR**

Von Frank Uferkamp



## Entzaubert

Die Vorgänge sind höchstbrillant. Staatliche und halbstaatliche Geldinstitute und Geldverwalter haben auf hochverzinsliche, aber eben auch sehr riskante griechische Staatsanleihen gesetzt. Das entlarvt die Aussagen so mancher Politiker gerade in der Landespolitik, die vor irgendwelchen Zockern in den Banken warnen, als Heuchelei. Die saßen in dem Fall nicht in New York, nicht einmal in Frankfurt, sondern in Düsseldorf. Und es entzaubert erneut die Vorstellung, öffentlich-rechtliche Institute seien per se die moralisch besseren. Im Endspurt des Wahlkampfes ist das ein dicker Brocken für die Landesregierung.

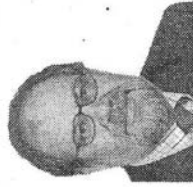
frank.uferkamp@wz-plus.de

(10)

WZ, 07.05.2010, S. 2

Wolfgang Radau: Warten auf ein Signal aus Berlin.

Der Bundestag entscheidet heute über die Griechenland-Hilfe.



KOMMENTAR

## Warten auf ein Signal aus Berlin

### Der Bundestag entscheidet heute über die Griechenland-Hilfe

Von Wolfgang Radau

wolfgang.radau@wz-plus.de

**G**lücklich oder zumindest zufrieden ist in diesen Tagen der Griechen-Krise niemand.

Jeder macht sich Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft Europas, um den Zustand Deutschlands, um sein eigenes Portmonee. Es schmerzt, nach den Milliarden für die Kreditbranche kaum zwei Jahre später neue Bürgschaften in Höhe einer zweistelligen Zahl mit neun Nullen abzugeben – ohne zu wissen, ob sich nicht über kurz oder lang weitere Löcher im Euro-Land auftun. Wir gehen inzwischen leichtfertiger mit Mil-

liarden um als zuvor mit Millionen – eine Art Inflation im Kopf.

Die Frage ist: Haben wir eine Alternative? In der Konsequenz, dass wir zahlen müssen, nicht. Bei den Rahmenbedingungen ja.

Deutschland als Premium-Zahler der Union wird ja wohl mitreden dürfen, unter welchen Bedingungen wir anderen mit Geld aushelfen, das wir selbst nicht haben und das nachfolgende Generationen noch über Jahrzehnte verdienen müssen.

Vom Deutschen Bundestag wird heute ein wichtiges Signal erwartet. Das Signal, dass eine deutliche Mehrheit der Demokraten eine gewaltige Neuver-

schuldung gemeinsam trägt und gleichzeitig per Gesetz regelt, wie die Finanzwirtschaft künftig mehr Eigenverantwortlichkeit für ihre Geschäfte übernimmt. Wenn die Koalition das Hilfe-Gesetz nur mit eigenen Stimmen durchpaukt – womöglich nicht einmal mit allen eigenen Stimmen –, ist das ein verheerendes Signal. Vergleichbar mit einem Auslandseinsatz der Bundeswehr gegen die Stimmen der Opposition.

Die Koalition will einen Fonds, in den die Banken je nach Umfang und Risiko ihrer Geschäfte einzahlen und der ihnen im Notfall mit Eigenkapital aushilft. Die SPD will auf alle

Wertpapiergeschäfte eine Art Umsatzsteuer, die in die Staatskasse fließt. Der Internationale Währungsfonds schlägt einen Mittelweg vor – das klingt vernünftig. Mit gutem Willen lässt sich auch regeln, dass die Abgaben auf keinen Fall auf die Kunden abgewälzt werden dürfen.

Es ist schlimm genug, dass eine Krise dieses Ausmaßes mitten in die Hochphase eines Wahlkampfes fällt. Aber die in Berlin handelnden Politiker müssen sich im Klaren sein, welche weitreichenden Folgen ihre heute anstehende Entscheidung hat – vor und nach dieser Landtagswahl, in der es „nur“ um NRW geht.



(11)

WZ, 08.05.2010, S. 2

Martin Vogler: Spannender als jeder Tatort.

Erst am Abend der NRW-Wahl kommt wahre Dramatik auf.



Von Martin Vogler

martin.vogler@wz-plus.de

Auf uns Wähler ist wirklich kein Verlass mehr. Wir gehen in der Kabine schon mal wahltechnisch fremd oder wir entscheiden uns erst im letzten Moment. Arme Wahlforscher, wie sollen die da exakte Prognosen liefern?

Das Vorhersage-Geschäft ist schwer geworden. Zumal viele im Kurzinterview anders antworten, als sie später wählen. Auch die bewährten Telefonbefragungen werden wertloser, weil sie die mobile Bevölkerungsgruppe vernachlässigen, die dank Handy auf

einen Festnetz-Anschluss verzichtet. Als repräsentative Erhebung mit vertrauenswürdigen Ergebnissen darf man so etwas wohl nicht mehr werten.

Für Politiker, für die vom Wahlergebnis die Erfüllung ihrer politischen Visionen genauso wie ihr weiterer Lebensweg abhängt, ist diese Unsicherheit misslich.

Für uns Bürger heißt das: Dieser Wahlabend wird wohl spannender als jeder Tatort. Weil fast alles möglich ist.

Eine Wiederholung der CDU-FDP-Regierung ist denkbar, auch wenn SPD und Grüne vorne zu liegen scheinen. Doch diese beiden möglichen Koalitionen kön-

nen wohl rechnerisch nur klappen, wenn die Linkspartei nicht den Sprung ins Parlament schafft. Kommt sie rein, müssen mit fünf Fraktionen Lösungen gesucht werden: Große Koalition aus CDU und SPD? Oder CDU mit Grünen? Oder SPD und Grüne bilden doch zusammen mit den Linken eine Regierung?

Nach einem eher müden und von bundespolitischen Aspekten geprägten Wahlkampf wird erst am Sonntagabend wahre Dramatik aufkommen. Möglicherweise entscheiden ein paar hundert Stimmen mehr oder weniger für die Linkspartei über die politische Entwicklung der nächsten fünf

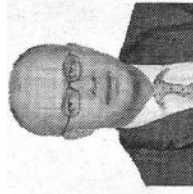
Jahre in NRW. Nicht zu unterschätzen sind die Auswirkungen auf Berlin, wenn sich die Mehrheit im Bundesrat ändert.

Die Wähler wissen also, dass es angesichts der knappen Situation und der deutschlandweiten Bedeutung diesmal tatsächlich auf jede Stimme ankommt. Und falls wir, vielleicht weil wir im behäbigen Strom der Politikverdrossenen mitschwimmen, gar nicht wählen, vertun wir die Chance, wirklich Einfluss zu nehmen. Abgesehen davon, dass man als Nichtwähler sowieso das moralische Recht verspielt hat, später an politischen Entwicklungen herumzumäkeln.

(12)

WZ, 10.05.2010, S. 2

Martin Vogler: Desaster für Schwarz-Gelb – auch in Berlin?  
Das Wahlergebnis wird nicht nur NRW verändern.



KOMMENTAR

## Das Wahlergebnis wird nicht nur NRW verändern *Desaster für Schwarz-Gelb – auch in Berlin?*

Von Martin Vogler

martin.vogler@wz-plus.de

Nach nur fünf Jahren ist die schwarz-gelbe Regierung in NRW am Ende. Die CDU erlebt, gemessen an den fast 45 Prozent von 2005, ein Desaster. Vor allem der Stern von Jürgen Rüttgers ist gesunken, und nebenbei hat Angela Merkel einen parteiinternen Rivalen weniger. Allerdings darf man das CDU-Abschneiden nicht nur an dem von 2005 messen, denn damals beendete es eine 39-jährige SPD-Dominanz in einem roten Stammland.

Zweiter Verlierer ist die FDP, für die spätestens gestern, 18 Uhr,

klar war, dass ihr wegen ihrer CDU-Fixierung nur eine Oppositionsrolle bleibt. Ihre Hoffnungen auf mehr als zehn Prozent waren übertrieben. Im Vergleich mit den 6,2 Prozent vor fünf Jahren sieht das Ergebnis für die FDP allerdings versöhnlicher aus. Dennoch: Vor allem auf Guido Westerwelle kommen ungemütliche Zeiten zu. Seine bislang fast unbestrittene Position als FDP-Chef wackelt, je stärker die Partei die Schuld in Berlin sucht.

Die SPD hingegen jubelt, was verständlich ist. Allerdings: Sie ist von früherer Stärke weit entfernt, kann von der CDU-Schwäche nicht direkt profitieren und ver-

liert sogar gegenüber 2005 nochmal. Dennoch ist es beachtlich, wie vor allem Hannelore Kraft in den vergangenen Wochen Sympathiepunkte gegen einen zurückhaltenden Widersacher sammelte. Das hätte ihr noch im Herbst niemand zugetraut.

Klar gewonnen haben vor allem die Grünen, was nicht nur in Prozenten zu messen ist. Ihre realitätsbezogen agierende Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann hat es geschafft, dass Grüne von SPD und CDU geschätzt werden.

Im Aufwind kann sich auch die Linke fühlen. Bei ihr wird es darauf ankommen, wie weit sie sich ins demokratische Parteien-

umfeld einordnen will und angesichts diverser Flügel auch kann.

Die Politik in Nordrhein-Westfalen wird jetzt vom Blick auf Koalitionsgespräche bestimmt. Anders im Bund – da stehen zwei Erkenntnisse fest:

1. Die internen Konflikte der Berliner schwarz-gelben Regierung werden wachsen. Und ohne Mehrheit im Bundesrat kann sie wohl Projekte wie Steuer- und Gesundheitsreform vergessen.

2. Ein Vorteil für Deutschland und Europa ist hingegen, dass jetzt wieder sachorientiert an Problemlösungen gearbeitet werden kann, ganz ohne wahltaktisches Lavierern und Zögern.



(13)

WZ, 11.05.2010a, S. 1

Anja Clemens-Smicek: Merkels spätes Basta.

**KOMMENTAR** Von Anja Clemens-Smicek

## Merkels spätes Basta



Sie bewegt sich doch! Angela Merkel spricht ein Machtwort und erteilt Steuersenkungen eine Absage. Die einzig richtige Entscheidung in Anbetracht der dramatischen Kassenlage, der milliardenschweren Euro-Rettung und der einsetzenden Schuldenbremse. Und eine realistische Konsequenz aus der NRW-Wahl – die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat ist verloren. Doch für Jürgen Rüttgers kommt die Notbremsung der Kanzlerin zu spät, die Landesregierung ist längst an die Wand gefahren. Seine Niederlage ist ein Denktzettel der Bürger für die Arbeit der CDU im Bund.

Merkels Politik der ruhigen Hand hat sich in NRW nicht in Stimmen für CDU und FDP ausgezahlt. Warum? Weil die Berliner Koalition seit ihrem Amtsantritt den Eindruck vermittelt, dass sie sich lieber mit sich selbst als mit den Problemen des Landes beschäftigt. Weil Merkel es versäumt hat, mit einem klaren Basta Westerwelle und Seehofer in ihre Grenzen zu weisen. Weil sie mit Blick auf die Griechenland-Krise das Vertrauen der Bürger verspielt hat, das gerade in Wahlkampfzeiten ein hohes Gut ist. Will die Kanzlerin das Signal aus NRW nicht als Memento verstanden wissen, ist ein schwarz-gelber Neustart in Berlin nötig. Eine Herkules-Aufgabe, denn ohne Mehrheit im Bundesrat wird das Regieren nicht leichter.

 [anja.clemens-smicek@wz-plus.de](mailto:anja.clemens-smicek@wz-plus.de)



(14)

WZ, 11.05.2010b, S. 2

Frank Uferkamp: Dem Land droht eine lange Hängepartie.  
Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.



**KOMMENTAR** Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

## Dem Land droht eine lange Hängepartie

**Von Frank Uferkamp**  
frank.uferkamp@wz-plus.de

Nach der Wahl ist nicht vor der Wahl – Politik unterscheidet sich gravierend vom Sport, trotz aller immer wieder verzweifelt bemühten Parallelen. Beim Fußball zum Beispiel steht das Ergebnis am Ende aller Bemühungen, in der Politik kann es manchmal erst den Beginn markieren. So wie jetzt in NRW. Der Wähler hat den Parteien ein vermeintliches Patt in einem Fünf-Parteien-System beschert. Die Beteiligten müssen nun sehen, dass sie daraus eine Regierung machen. Das wird viel Zeit

kosten. Die CDU ist stärkste Partei im Lande geblieben und doch die große Verliererin des Sonntags. Ihren Erdrutsch hat natürlich Jürgen Rüttgers zu verantworten, der am Abend seiner größten Niederlage bewies: Er hat kein Stehvermögen. Denn für viele Stunden tauchte er einfach ab. Für jemanden, der sich in guten Zeiten sehr sorgfältig in Szene setzen ließ, eine schlechte Vorstellung. Rüttgers hat sich vor fünf Jahren zu Recht als großen Gewinner vor allen feiern lassen. Verloren hat er nun ganz einsam. Doch in dem gerade erst begonnenen Poker um die künftige Landesregierung ist er wohl nicht

mehr als Laviernasse. Denn seine einzige Hoffnung wäre eine Große Koalition unter seiner Führung – da winkt die SPD nur müde ab. Das alles beschert dem Land in schwieriger Lage aber noch keine neue Regierung. SPD und Grüne bilden nun eine Einheit, wollen die Möglichkeiten einer Mehrheit ausloten. Rot-Grün-Plus nennen die Grünen dieses Modell. Plus ist dabei eine Leerstelle für die Linkspartei oder aber die FDP. Zunächst reden Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann, die beiden großen Gewinnerinnen der Landtagswahl, nun mit der FDP. Dabei geht es um das Mögliche. Kraft dürfte aber

auch das Unmögliche immer im Hinterkopf haben: Ein Bündnis mit der Linkspartei, die sie selbst als regierungsunfähig bezeichnet hat, würde die SPD zerreißen. Aber es kann natürlich sein, dass die Linken vieles mitmachen und ihren sozialistischen Träumen pro forma abschwören. Kraft und Löhrmann tun gut daran, sich der FDP zuzuwenden, um eine Ampel auszuloten. Die Liberalen kommen nun in Nöte: Ist es nicht ihre Staatsbürgerpflicht, die Ampel zu machen, um Rot-Rot-Grün zu verhindern? Dieser Prozess kann noch Wochen dauern. Überraschungen nicht ausgeschlossen.

c) **Süddeutsche Zeitung (Anzahl: 11)**

(1)

Süddeutsche Zeitung, 12.04.2010, S. 4

Peter Fahrenholz (fa): Rüttgers und die Angst.

**Rüttgers und die Angst**

Auch Glück und Pech können politische Kategorien sein, vor allem bei Landtagswahlen. Ob ein Ministerpräsident seine Wahl unter günstigen Umständen absolvieren kann, hat er nicht immer selber in der Hand. So gesehen hat Jürgen Rüttgers Pech: Der verheerende Fehlstart der schwarz-gelben Regierung in Berlin könnte seiner gleichfarbigen Koalition in Düsseldorf den Garaus machen.

Allerdings sollte sich Rüttgers über sein Pech nicht allzu laut beklagen, es ist eine Art ausgleichende Gerechtigkeit. Denn Rüttgers hat es vor allem dem Niedergang der rot-grünen Regierung Schröder zu verdanken, dass er 2005 den Machtwechsel in NRW geschafft hat. Jetzt reagiert er auf den drohenden Machtverlust so, wie es Unionspolitiker gerne tun, wenn sie in Bedrängnis sind: Er versucht mit einem Angstthema zu punkten. Das ist zwar schon einmal

schiefgegangen, als er 2000 mit der Kampagne „Kinder statt Inder“ auf ausländerfeindliche Reflexe setzte. Es kann aber auch klappen, wie Roland Koch gezeigt hat, der 1999 mit einer giftigen Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft Regierungschef wurde. Darauf setzt jetzt auch Rüttgers, wenn er sich gegen eine Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen wehrt.

Aus Jürgen Rüttgers wird Roland Rüttgers: Populismus der besonders schäbigen Sorte. Das Thema ist heikel und kompliziert, aber es hat mit einer Landtagswahl nicht das Geringste zu tun. Gerade aus Deutschland ist die Auflösung Guantamos immer wieder gefordert worden, deshalb kann keine deutsche Regierung über ein Ersuchen aus den USA einfach achselzuckend hinweggehen. Das sollte eigentlich auch einem Politiker aus Düsseldorf klar sein. fa

(2)

Süddeutsche Zeitung, 13.04.2010, S. 4

Johannes Nitschmann (jon): Ministerin ohne Fortune.

**Ministerin ohne Fortune**

Die gefährlichsten Jobs in Landesregierungen haben die Innen- und die Justizminister. Entweder geht bei Geiselfreierungen etwas schief oder Schwerkriminelle brechen aus Gefängnissen aus. Die jeweilige Opposition verlangt dann oft reflexhaft den Rücktritt des Amtsinhabers. In der Amtszeit der Düsseldorfer CDU-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter hat es viele Rücktrittsforderungen wegen angeblicher oder tatsächlicher Justizskandale gegeben. Da war der Foltermord im Siegburger Jugendgefängnis, da war die Fluchthilfe eines Justizbediensteten bei zwei Aachener Häftlingen, da waren die Schlapereien bei einem Mordfall in Mönchengladbach und manch Schreckliches mehr.

Der Tod der Gefährtin eines Häftlings im Remscheider Gefängnis ist nur ein weiterer Fall in einer Serie von Pannen. In diesem Fall hält sich trotz Wahl-

kampfs in NRW die Opposition mit der Forderung nach Konsequenzen auffällig zurück. Die Frau starb in einer sogenannten Liebeszelle; diese Einrichtung im Gefängnis war Anfang der neunziger Jahre eine Idee auch der SPD.

Aber wie lange kann man immer nur von Pech reden? Die Justizministerin weist gern darauf, dass solche Dinge nun einmal im Strafvollzug passieren können und sieht die unmittelbar Zuständigen in der Verantwortung. Das reicht nicht. Eine Ministerin muss auch die politische Verantwortung für Fehler übernehmen, die in ihrem Ressort passieren. Eine Behörde ist kein anonymer Apparat, und es wäre nicht altmodisch, für Organisationsversagen persönlich einzustehen. Eine Ministerin mit so wenig Fortune wird für Regierungschef Jürgen Rüttgers immer mehr zur Belastung, auch wegen des Wahltermins am 9. Mai. jon



(3) Süddeutsche Zeitung, 20.04.2010, S. 4 / Hans Leyendecker: Implosion einer Regierung.

# Implosion einer Regierung

Von Hans Leyendecker

Wenn ein Hohlkörper durch äußeren Überdruck schlagartig zerstört wird, spricht die Physik von Implosion. Bei diesem meist überraschend auftretenden Ereignis kann es passieren, dass durch rückläufige Druckwellen Splitter nach außen fliegen. In der Politik gibt es so etwas auch; es passiert meist an Wahlsonntagen. Implodiert im Mai in Nordrhein-Westfalen die Regierung, dann fliegen die Splitter bis nach Berlin.

In knapp drei Wochen finden im bevölkerungsreichsten Bundesland Landtagswahlen statt, und es gilt derzeit als wahrscheinlich, was noch vor einem halben Jahr als völlig unwahrscheinlich galt: Es wird vermutlich keine Neuaufgabe der CDU/FDP-Koalition geben. Und was vor der Bundestagswahl im vergangenen Herbst völlig ausgeschlossen zu sein schien, ist inzwischen eine wirklich ernsthafte Option: Es kann sogar zu einer Neuaufgabe von Rot-Grün kommen, obwohl die Beziehung zwischen den Sozialdemokraten und den Grünen an Rhein und Ruhr traditionell neurotisch ist. Die SPD-Herausforderin Hannelore Kraft liegt in Umfragen fast gleichauf mit dem CDU-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers. Die Frau aus Mülheim könnte also die kurze Ära des christdemokratischen Ministerpräsidenten Rüttgers beenden. Das Bemerkenswerte an dieser Aussicht ist, dass es kein rasanter Sturz wäre, keine plötzliche Abwahl. Dieser Ministerpräsident würde nach nur fünf Jahren Amtszeit sanft verschwinden, fast so sanft wie Helmut Kohl 1998 nach 16 Jahren Kanzlerschaft verschwand.

Es ist schon grotesk: Rüttgers wurde 2005 vor allem gewählt, weil der Bundestrend scharf gegen Rot-Grün lief. Insbesondere die SPD im Bund wechselte damals fast täglich zwischen Krise und Erschöpfung. Außerdem waren viele Wähler in NRW nach 39 Jahren die SPD als Regierungspartei einfach leid. Auch jetzt ist es wieder der Bundestrend, der wie ein riesiger Schatten über dem Wahltag am 9. Mai liegt – aber diesmal geht der Trend voll gegen Rüttgers, mit Folgen für Berlin. Wenn Düsseldorf fällt, kippt auch die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat. Das 2005 aufgelegte Projekt von der „Blaupause“ Düsseldorf für den Bund ist kein Wahlkampfslager.

Die üblichen Schuldzuweisungen und Absetzmanöver haben schon begonnen. In Berlin wird darauf verwiesen, dass Rüttgers, nicht zuletzt in der Sponsoring-Affäre, die eigentlich gar keine richtige Affäre war, keine gute Figur gemacht habe. An Rhein und Ruhr erklärt ein Christdemokrat aus der ersten Reihe, „der Jürgen hat ja keinen einfachen Wahlkampf“. In der NRW-CDU fallen Funktionäre wie Skorpione übereinan-

der her, an Indiskretionen über irgendwelche Schweinereien ist kein Mangel. Rüttgers bekommt die Quittung dafür, dass er immer wieder Leute hat fallen lassen. Dabei hat er als Ministerpräsident eigentlich gar nicht viel falsch gemacht. Die Regierung hat die Verwaltung gestrafft, in Bildung und Lehrerstellen investiert und wenig Angriffsflächen für die Opposition geboten. Alles lief passabel, jedenfalls nicht schlechter, als es die Sozialdemokraten vorgemacht haben. Einen Stempel freilich hat Rüttgers dem Land nicht aufgedrückt. Das lag am Personal, an den Zeiten und auch an ihm. Zeitweise trat er so auf, als wäre er der legitime Nachfolger des langjährigen SPD-Ministerpräsidenten Johannes Rau. Das war aus mancherlei Gründen keine gute Idee. Der rhetorisch brillante Predigersohn Rau war ein Menschenfischer – und das ist der misstrauische und vorsichtige Rüttgers nun wirklich nicht.

Zwar wirbt die CDU auf Plakaten mit der Kompetenz des detailbesessenen Ministerpräsidenten, aber der möchte am liebsten den Landesvater mimen. Rüttgers sucht immer noch nach seiner Rolle. In seinen Kreisen nennt man ihn den „Arbeiterführer“. Seine jüngste Erklärung, die Losung „Privat vor Staat“ taugte heute nicht mehr, war zugleich eine Distanzierung von dem unpopulär gewordenen Motto seiner CDU-FDP-Koalition. Jetzt fällt auf, dass die CDU keine Strategie für ihren Wahlkampf hat, es ist nicht mal ein richtiger Kurs. Erst war er präsidial, dann bürgerlich-liberal, jetzt geht er nur noch gegen links-links. So nötig, wie ein Drehorgelspieler seine Moritat verkündet, warnt Rüttgers vor der Volksfront aus Rot-Rot-Grün. Aber Hui Buh, das Schreckgespenst, lässt sich nicht einfach in der Retorte erzeugen.

Die Linkspartei in NRW ist so von gestern wie kein anderer Landesverband der neuen Partei. Wer sich nicht in der Geschichte der Trotzlisten, Stalinisten, Kommunisten und KBW-Truppen auskennt, versteht die Biographien vieler Kandidaten dieser Partei nicht. Die SPD in NRW wird sich von diesen Links-Ewiggestrigen nicht mal tolerieren lassen. Sonst wäre es mit ihr im Lande und mit den neuen Modellen 2013 im Bund vorbei. Das wissen alle Beteiligten.

Wenn kein Vulkan plötzlich Asche auf NRW spuckt, wird es bis Mai so bleiben, wie der Wahlkampf angelaufen ist: Die CDU ist mit sich selbst beschäftigt, die FDP mit ihren Thesen; die SPD darf auf die Gewohnheiten ehemaliger Stammwähler hoffen, und die Grünen haben, einschließlich Schwarz-Grün, alle Optionen, favorisieren aber die einst kaputte Beziehung mit der SPD. Rüttgers kann nur ein Wunder helfen.



(4) Süddeutsche Zeitung, 24.04.2010, S. 4 / Cathrin Kahlweit: Die Not der neuen Mütter.

# Die Not der neuen Mütter

Von Cathrin Kahlweit

Vermutlich sind wenige Alleinerziehende so wohlhabend und zufrieden wie Pippi Langstrumpf. Glühend beneidet von den Nachbarkindern Thomas und Annika, die höchst brav mit Mutter und Vater aufwachsen, erzieht sie sich selbst und ganz allein, wohnt in einer Villa, besitzt einen Koffer voller Gold und lebt das Leben, wie es ihr gefällt. Astrid Lindgren hatte die Abenteuer der heiteren Pippi einst auch zur Bewältigung des eigenen Traumas und als Absolution für sich selbst erfunden: Sie war mit 18 schwanger geworden, mochte den Vater des Kindes nicht heiraten, konnte das Kind nicht allein ernähren – und gab es fort in eine Pflegefamilie. Vor 90 Jahren war das eine ungeheuer mutige und zugleich traurige Entscheidung; noch die Generation der Frauen, die heute im Rentenalter sind, hat unglückliche Ehen aufrechterhalten und Trennungen vermieden, weil sie es sich nicht leisten konnte oder aber nicht wagte, allein dazustehen mit Kindern, oft ohne Job, ohne Status und Versorgung.

Heute leben 1,6 Millionen Alleinerziehende in Deutschland, 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Und auch wenn Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen jetzt die vielen Hartz-IV-Empfängerinnen unter ihnen zur Chefsache macht und dafür sorgen will, dass Arbeitsämter sie besser fördern und im Notfall auch bei der Suche nach einer Kinderbetreuung unterstützen, so gilt doch zu allererst: Alleinerziehend zu sein ist nicht zwangsläufig ein Opfergang, eine Leidensgeschichte; der Schritt ist oft selbst gewählt und gut überlegt. Die Mütter, die heute Großmütter sind, haben ihre Töchter wohlweislich dazu erzogen, die Wahlfreiheit zu nutzen, die eine gute Ausbildung, Selbstachtung und auch die Hilfen der öffentlichen Hand bieten. Viele Frauen entscheiden sich aus freien Stücken dazu, ihre Kinder allein großzuziehen – und sie haben Spaß dabei.

Ohnehin geht es bei der aktuellen Debatte um Ein-Eltern-Familien und ihre Nöte nicht in erster Linie darum, ob jemand ohne Partner seine Kinder erzieht und welche Lasten sie – oder er – zu tragen hat. Dass diese immens sind, ist ja nicht neu: Wo nur eine(r) Schulbrote schmiedet und Fenster putzt, zum Chor fährt und Wäsche macht, Geld verdient und Salbe auf die Windpocken aufträgt, bleibt wenig bis keine Zeit für das eigene Leben. Der Satz: „Bring du doch bitte heute unser Kind ins Bett, ich bin todmüde“, bleibt ungesagt; Erschöpfung, Krankheit, Verzweiflung sind tabu.

Die Töchter der Mütter von heute, zumal der alleinerziehenden, finden diese stressige Doppelrolle eher uncool; der Trend geht wieder zu Ehe, Sicherheit und Versorgung oder aber zu einer Karriere ohne Kinder; das Rollback vollzieht sich schleichend, ungeachtet der Tatsache, dass die jungen Frauen ihren männlichen Geschlechtsgenossen bei Bildung und Ehrgeiz längst den Rang ablaufen. Andererseits: Auch da, wo Väter in Familien leben, entziehen sie sich nicht selten; die vaterlose Gesellschaft des 20. Jahrhunderts verwandelt sich nur sehr zögerlich in eine Welt der geteilten Verantwortung und der gemeinsamen Sorge.

## Familienfeindliche Arbeitswelt

Und so kaschiert der klischeegezwängerte Begriff die wahren Probleme: Der Vorstoß der Ministerin zielt weniger auf alleinerziehende als auf geringverdienende oder gering qualifizierte Frauen, die eben auch Kinder zu versorgen haben. Das reale, das ungelöste Drama ist jenes der mühsamen Existenzsicherung in einer familienfeindlichen Arbeitswelt – und das trifft mehr Frauen als Männer, unter ihnen naturgemäß zu ei-

nem Großteil Frauen, die ihre Kinder allein großziehen.

Derzeit tobt – angesichts von 600 000 Single-Müttern, die Hartz IV beziehen – ein Streit darüber, ob diese Frauen tatsächlich einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt sind und besonders viel Hilfe brauchen. Vertreter der These, dass hier ein moderner Heldinnenmythos geschaffen wird, argumentieren, de facto sei oft Bequemlichkeit die Ursache finanzieller Not; viele Alleinerziehende verschwiegen ihre Lebensgefährten, um Stütze zu bekommen, viele zögen ein Leben daheim dem Stress eines langen Arbeitstages vor, weil angeblich die Transferleistungen für Hartz-IV-Mütter jeden Anreiz für einen Vollzeitjob abtöten; die Debatte um den „anstrengungslosen Wohlstand“, die Guido Westerwelle losgetreten hat, lässt grüßen. Und tatsächlich darf man Alleinerziehenden mit Kindern unter drei Jahren keine Arbeit zumuten; jene, die ältere Kinder, aber keine Betreuungsmöglichkeit haben, müssen nicht arbeiten gehen, und wer sich weiterbildet, dem wird ebenfalls keine Jobsuche zugemutet. Arbeitssuchend gemeldet sind von den 600 000 Müttern derzeit etwa die Hälfte.

## Verantwortungslose Väter

Warum aber leben knapp 40 Prozent aller alleinerziehenden Mütter von Hartz IV? Warum nimmt ihr Anteil an den Arbeitslosen stetig zu? Warum wachsen mittlerweile eine Million Kinder, die bei nur einem Elternteil leben, in Armut auf? Nur der Vollständigkeit halber: Ein Grund sind – die Väter. Mehr als eine halbe Million säumige Unterhaltszahler gibt es in Deutschland, der Staat springt jährlich mit einer Milliarde Euro ein, weil Väter abtauchen oder sich armrechnen. Viel brisanter aber ist ein Arbeitsmarkt, der Frauen, zumal Mütter, strukturell benachteiligt: Da, wo besonders schlecht gezahlt wird, wo der Kündigungsschutz ausgehöhlt ist und Jobs auf Lebenszeit eine Seltenheit werden, da arbeiten besonders viele Frauen. Denn hier gibt es die Halbtagsjobs, die Minijobs, die Niedriglohn-Malocher auf Stundenbasis, die Mütter sich leisten können. Wer sein Kind mittags aus dem Kindergarten abholen muss, weil der zumacht, der kann schlecht bis zwanzig Uhr an der Kasse stehen. Wer Kleinkinder zu versorgen hat, der kann schwerlich Schichtdienst, Nachtdienst oder gar lange Schulferien und geschlossene Kitas durchstehen. Weil immer stärker dereguliert und flexibilisiert wird, weil Mobilität erwartet und Krankheit bestraft wird, können selbst flexible, gut organisierte, einsatzwillige Mütter oft nicht mithalten. Wenn sie, angesichts anderer Bewerber ohne Kinder, überhaupt eingestellt werden.

Es gibt viele gute Ideen, wie Alleinerziehenden unter die Arme gegriffen werden kann. Ihre Probleme werden verstärkt wahrgenommen – bedingt durch Armutsberichte und internationale Studien, durch Reformen im Unterhalts- und Scheidungsrecht. Über die vollständige Absetzbarkeit der Betreuungskosten wird nachgedacht und über einen Umbau des Ehegattensplittings zugunsten von Haushalten mit Kindern. Von der Leyen wiederum will, dass die Jobcenter helfen, Kinder unterzubringen, damit ihre Mütter arbeiten können. Das Kernproblem aber bleiben Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und Löhne. Und so wird es, weil sich viele Arbeitgeber und viele Väter wie selbstverständlich darauf verlassen, an den Frauen selbst hängenbleiben, wie sie sich organisieren – in Wohngemeinschaften, mit Netzwerken, Freunden, Großeltern. Bleiben wird das Armutsrisiko, bleiben wird aber auch der Wille, es trotzdem zu schaffen.



(5) Süddeutsche Zeitung, 29.04.2010, S. 4 / Marc Beise: Die Zocker in Berlin.

# Die Zocker in Berlin

Von Marc Beise

Lasst die Griechen ihre Probleme alleine lösen, unser Geld sollen sie nicht bekommen. So denken die Deutschen wohl mehrheitlich. Darauf weisen erste Umfragen hin, und die Politiker ahnten es schon vorher. Man muss dies wissen, wenn man das rätselhafte Gegieere der Bundesregierung verstehen will. Noch am Wochenende stellte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Milliardenhilfe in Frage, Kanzlerin Angela Merkel spielte auf Zeit und Außenminister Guido Westerwelle polemisierte beim FDP-Parteitag in Köln. Und das, obwohl doch alle drei längst Hilfsmaßnahmen auf EU-Ebene mitbeschlossen hatten. Und damit alles nicht zu übersichtlich wird, gilt seit Mittwoch wieder der Satz: Ja, doch, wir helfen.

Hinter diesem Zickzackkurs steckt eine große Angst: Der „Boulevard“, wie es in Berlin heißt, könne sich des Themas bemächtigen. Schon beginnt ja das Trommelfeuer, von *Bild* („Griechen wollen unser Geld“) bis zu konservativen Blättern, die mindestens den vergifteten Rat an die Griechen im Köcher haben, doch mal über den Austritt aus der Währungsunion nachzudenken. Und die Regierung Merkel? Sie reagiert, laviert, korrigiert.

Die schwarz-gelbe Bundeskoalition kennt nur noch ein Ziel: einigermaßen unbeschadet über den Wahltag in Nordrhein-Westfalen zu kommen. Was schon bei der Steuerdiskussion unerträglich ist, wo konkret durchgerechnete Konzepte bis nach der Wahl warten müssen, wird im Fall Griechenland gemeingefährlich. Das EU-Land steht am Abgrund, und leider nehmen die weltweiten Finanzmärkte keine Rücksicht auf Termine in der deutschen Provinz.

Mit ihrem Kurs richtet die Bundesregierung viel Unheil an. Sie hat die Märkte in Aufruhr versetzt und die Krise beschleunigt. Stück für Stück rutscht Griechenland näher an den Abgrund. Obendrein gerät die Bundesrepublik außenpolitisch immer mehr unter Druck. Schon wird wieder der hässliche Deutsche sichtbar, an dessen Wesen die Welt genesen soll. Es kann notwendig sein, ein solches Image in Kauf zu nehmen und sich unbeliebt zu machen – wenn es dafür ehrenwerte Gründe gibt. Im konkreten Fall gibt es diese Gründe nicht.

Wenn Griechenland zahlungsunfähig wird, dann geraten nicht nur deutsche Banken in Gefahr, die in Griechenland 45 Milliarden Euro und womöglich mehr im Feuer haben. Dann könnte auch eine Kettenreaktion beginnen, die mit chaotischen Zuständen in Griechenland beginnt, sich über ähnliche Desaster in Portugal und Spanien fortsetzt und am Ende die ganze Währungsunion zertrümmert. Ausgerechnet Deutschland kann sich die-

se Konsequenzen nicht leisten. Politisch nicht, denn die Aufbauarbeit von Jahrzehnten wäre dahin. Wirtschaftlich nicht, denn das rohstoffarme und exportstarke Deutschland ist auf offene Märkte, internationale Regeln und Währungsverbünde angewiesen. Eine neue Ära des Nationalstaates hielte die deutsche Wirtschaft nicht durch. Umgekehrt könnte Deutschland, wenn alles gut geht, an der Rettung Griechenlands sogar verdienen – denn das Geld wird ja gegen guten Zins verliehen, nicht verschenkt.

All das weiß die Kanzlerin, weiß ihr Finanzminister und der Außenminister. Genau deshalb ja haben sie in Brüssel längst darin eingewilligt, auf das griechische Hilfsbegehren hin sich mit zunächst acht Milliarden Euro am Rettungspaket zu beteiligen. Sie hatten sogar ein Hauruckverfahren vorbereitet, um die vereinbarten Milliarden bei Bedarf rasch durchs Gesetzgebungsverfahren zu bringen. Der Widerstand in der Unionsfraktion, die dieses Schnellverfahren vereitelte, schreckte die Krisenakteure auf: Ziehen womöglich nicht mal die eigenen Leute mit? Und schon fingen sie an zu wackeln.

Die Regierung zockt, in einer Mischung aus Furcht und Selbstbewusstsein. Sie zockt um die Macht in Nordrhein-Westfalen, um die Höhe der Hilfszahlungen, um die Konditionen. Aber sie zockt schlecht. Einmal schon lag sie daneben: Als sie im Februar den Vorstoß des Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann abblockte, eine Bankenlösung unter Einbeziehung der staatlichen KfW-Bank zu organisieren. Damals wäre ein vorläufiger Frieden an den Märkten noch billiger zu haben gewesen.

Das alles heißt ja nicht, dass man das Geld unbesehen genehmigen soll, ganz und gar nicht. Aber Griechenland zieht ja schon beinharte Sparpakete durch, und es wird zu weiteren Auflagen kommen; das ist richtigerweise der Preis der Rettung. Die Maßnahmen können dann auch das Fundament sein, von dem aus die Gesundung der Finanzwelt insgesamt gelingt. Heute mehr denn je gilt, dass immer auch die Alternativen zu bedenken sind. Ja, es ist nicht schön, was Griechenland der Welt abverlangt. Ja, es ist nicht schön, schon wieder Banken retten zu müssen. Man muss das alles nicht mögen – aber doch die Alternative bedenken, die „Chaos“ lauten könnte.

Den komplizierten Rettungsprozess durchaus kritisch mitzugestalten wäre einer der wichtigsten Wirtschaftsnationen der Welt angemessen. Dafür aber muss man glaubwürdig sein; so glaubwürdig, wie es der alte Europäer Helmut Kohl einmal war. Seine Nachkommen sind dabei, dieses Erbe zu verspielen.



(6)

Süddeutsche Zeitung, 04.05.2010, S. 4

Thomas Öchsner (tö): Von der Hand in den Mund.

## Von der Hand in den Mund

Schon Adam Smith, der Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre, schrieb: „Der Mensch ist darauf angewiesen, von seiner Arbeit zu leben, sein Lohn muss mindestens so hoch sein, dass er davon existieren kann.“ Gut 200 Jahre später können viele Menschen in Deutschland davon nur träumen. Immer mehr Arbeitnehmer bekommen einen Niedriglohn. Nach den jüngsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind deshalb etwa 300 000 Vollzeitjobber auf zusätzliche staatliche Hilfe angewiesen. Diesen entwürdigenden Zustand zu ändern, dürfte allerdings jeder Regierung schwerfallen.

Die scheinbar einfachste Lösung wäre, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Liegt dieser, wie vom DGB neuerdings gefordert, bei 8,50 Euro, würden jedoch Jobs wegfallen. Sie wären dann für viele Unternehmen unrentabel. Ein moderater Mindestlohn könnte dagegen die

schlimmsten Auswüchse des Lohndumpings eindämmen und so die Sozialkassen entlasten. Menschen, die damit kein Auskommen haben, wird es dann auch noch geben. Das aber ist immer noch besser, als gar keinen Job zu haben.

Es gibt allerdings einen weiteren Missstand: Zu viele Hartz-IV-Bezieher bessern ihr Einkommen mit einem Minijob auf. Das kann daran liegen, dass sie keine Vollzeitstelle bekommen oder zu krank dafür sind. Für viele scheint dies allerdings auch eine bequeme Lösung zu sein, um über die Runden zu kommen. Hier muss die Regierung die Anreize so verändern, dass bei Annahme eines Vollzeitjobs mehr netto übrigbleibt. Arbeitsmarktforscher haben empfohlen, die Sozialbeiträge im Niedriglohnbereich zu senken. Die Koalition will lieber die Hinzuverdienstregeln ändern. So oder so: Eine Reform könnte teuer werden. tö

(7)

Süddeutsche Zeitung, 07.05.2010, S. 4

Susanne Höll (höl): Absurdes Theater in Berlin.

## Absurdes Theater in Berlin

Drei Fraktionen des Deutschen Bundestages und mit ihnen die Bundesregierung haben sich am Donnerstag blamiert. Schlimmer noch: Union, FDP und SPD haben es mit ihrem Spektakel um den letztlich gescheiterten gemeinsamen Antrag zum Hilfspaket für Griechenland geschafft, dass auch beim letzten gutwilligen Menschen das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik in Krisenzeiten vollends verlorengelht.

Parteipolitisches Kalkül auf allen Seiten verhinderte, dass die drei Parteien den tief verunsicherten Menschen signalisieren, dass Regierung und Parlament im Kampf um Stabilität und Sicherheit tatsächlich Ernst machen und dem gefährlichen Treiben der Finanzspekulanten Grenzen setzen wollen. Weil die Sozialdemokraten das Wort Steuer unbedingt in den Text bringen wollten, die FDP das aber ablehnte und bereit war, in diesem

absurden Streit sogar die Koalitionsfrage zu stellen, kam ein gemeinsamer Aufruf nicht zustande. Wer glaubt, dass sich Politiker in politisch und wirtschaftlich schwierigen Zeiten dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet sehen und nicht dem der eigenen Partei, wurde wieder einmal enttäuscht. Wenn die Wahlbeteiligung am Sonntag in Nordrhein-Westfalen niedrig sein sollte, dürfen sich Union, FDP und SPD nicht beklagen.

Zu rühmen sind dagegen die Grünen, die sich kleinkariertem Hick-Hack in der Griechenland-Frage verweigert haben. Sie werden trotz Bedenken dem Kreditgesetz zustimmen. Die SPD hat sich mit Blick auf die NRW-Wahl anders entschieden. Sie, die sich angeblich dem europäischen Interesse verbunden fühlt, wird sich enthalten. Es mag ihr ein paar Stimmen am Sonntag einbringen – aber auch den Vorwurf des Opportunismus. höl



(8) Süddeutsche Zeitung, 10.05.2010, S. 4 / Heribert Prantl: Schwarz, Gelb, Aus.

# Schwarz, Gelb, Aus

Von Heribert Prantl

Was hat die Koalition aus Union und FDP im Bund bisher zusammengehalten? Es war vor allem die Angst vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Erste Frucht dieser Angst war der labbrige Koalitionsvertrag. Zweite Frucht war die schwarz-gelbe Unehrllichkeit in der Steuer- und Finanzpolitik. Vorletzte Frucht der Angst war die folgenschwere Furchtsamkeit in der Griechenlandkrise. Die Fixierung auf den Muttertags-Wahlsonntag war der gemeinsame Nenner der Merkel/Westerwelle-Regierung. Jetzt ist auch diese Gemeinsamkeit entfallen: Die Angst hat sich realisiert. Das schwarz-gelbe Bündnis in Nordrhein-Westfalen ist zu Ende, die schwarz-gelbe Bundesrats-Mehrheit ist perdu. Das ist nun die letzte Frucht der Angst. Grün triumphiert, Rüttgers bankrottiert, die FDP lamentiert, die Linke brambbarbasiert.

Vor fünf Jahren hatte der damalige Oppositionschef Rüttgers die NRW-Wahl nicht deswegen gewonnen, weil er so gut, sondern weil die rot-grüne Regierung in Berlin so schlecht dastand. Diesmal hat der Ministerpräsident Rüttgers die Wahl verloren – nicht weil er, sondern weil die schwarz-gelbe Regierung in Berlin so schlecht ist; Schwarz-Gelb in Berlin hat einen so elenden Ruf, dass sich der Ruf von Rot-Grün schon wieder verklärt. Rüttgers Niederlage hat natürlich auch damit zu tun, dass Hannelore Kraft, die Spitzenkandidatin der NRW-SPD, die aussichtslose Lage der SPD in eine aussichtsreiche verwandeln konnte. Dass ihr das mit einer immer noch schwer verunsicherten Partei und einer C-Mannschaft gelang, ist ein Wunder. Es lebt von der Schwäche der Koalition in Berlin.

Die NRW-Wahl hat die Bedeutung einer kleinen Bundestagswahl; und weil die Sieger der großen Bundestagswahl partout keine Niederlage bei der kleinen riskieren wollten, haben sie alle schwierigen Entscheidungen auf die Zeit nach dieser Wahl zu verschieben versucht. Die Bundesregierung hat seit Amtsantritt ihrer Angst davor so viel Raum gegeben, dass sich in diesem Raum die Zweifel an Schwarz-Gelb nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in ganz Deutschland entfalten konnten. Die Farbe Schwarz-Gelb, die jetzt noch weite Flächen Deutschlands deckt, verblasst. In Baden-Württemberg und Bayern, in Sachsen, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und, bis jetzt noch, in Nordrhein-Westfalen, werkeln Koalitionen aus Union und FDP – im Schnitt durchaus durchschnittlich. Aber seitdem Schwarz-Gelb im Bund regiert, verliert das Bündnis an Farbe, Anziehung und Kraft.

Schwarz-Gelb verfällt: Es verfällt deswegen, weil die Koalition im Bund eine Koalition zum Abgewöhnen ist. Die große Erwartung der Bevölkerung an die neue Regierung hat sich in tiefe Enttäu-

schung verwandelt. Die schwarz-gelbe Tristesse legt sich auf die Länder. Als erstes hat sie Nordrhein-Westfalen erwischt. Das liegt nur vordergründig an Guido Westerwelle. Er ist nur der Lautsprecher, der die Malaise verkündet. Die Merkel/Westerwelle-Koalition ist eine verspätete Koalition, eine Koalition zur Unzeit, ein Produkt der Vergangenheit, die man als neoliberal bezeichnet. Fast immer wenn Westerwelle den Mund aufmacht, hört man die Stimme dieser Zeit. Das ist nicht nostalgisch, sondern befremdlich. Die Beliebtheit Merkels mag auch einiges mit der anhaltenden Unbeliebtheit Westerwelles zu tun haben. Der FDP-Vizekanzler steht in seiner Person für die unbeliebte Konstellation, in der sie präsidential regiert.

Die schwarz-gelbe Koalition in Berlin ist so eine Art Retro-Mops, ein rückentwickeltes politisches Lebewesen; diese Koalition trägt die DNA aus der Zeit vor der Wirtschafts- und Finanzkrise in sich. Schwarz-gelb ist eine Koalition von Parteien, die sich entfremdet haben. Beim langen Warten auf die Liaison ist eingetreten, was vielen Paaren passiert: sie haben sich auseinander entwickelt, bemerken dies aber erst, wenn sie endgültig zusammen sind. Unter Merkels Vorsitz hat sich die CDU gewandelt; sie hat die Familienpolitik modernisiert und die Umweltpolitik leicht vergrünt. Und in der großen Koalition mit der SPD ist die CDU auch ein wenig sozialer geworden. Die FDP dagegen ist stehen geblieben, wo sie vor zwanzig Jahren schon war.

Die CDU hat sich wieder als Staatspartei etabliert, sucht nach Möglichkeiten, Staat und Bürger vor marodierenden Kapital zu schützen. Die FDP aber will immer noch den Staat zurtückschneiden und insistiert auf einer Art Kapitaldemokratie. Die FDP hat ihren Horizont nicht erweitert, sondern verengt. Das hat eine Zeitlang ihren Wiedererkennungswert gesteigert, wird aber nun zum Fluch. Aus der Verlässlichkeit, die die FDP für sich reklamiert hat, ist Realitätsferne geworden. Die CDU regiert also im Bund mit einer realitätsblinden FDP und einer derangierten CSU, die nur noch ein Schatten ihrer selbst ist. Eine Koalition mit zwei Parteien, die in der Vergangenheit leben, ist keine Zukunftscoalition.

Die Koalition aus Union und FDP war ein Bundesprojekt, das sich Merkel nicht gewünscht hatte. Sie musste in die schwarz-gelben Schuhe schlüpfen, weil die schon so lang da standen. Es zeigt sich aber nun, dass Gelb hinten und vorne drückt. Es zeigt sich, dass die CDU damit ins Abseits rennt. Sie wird, über kurz oder lang, den gelben gegen einen grünen Schuh tauschen. Und die Partei der Grünen wird zu dem, was die FDP einmal war: der Joker der deutschen Politik, das Objekt der Begierde von SPD wie CDU.



(9) Süddeutsche Zeitung, 11.05.2010, S. 4 / Kurt Kister: Windmaschinen.

# Windmaschinen

Von Kurt Kister

Wer kein Freund der Regierung Merkel/Westerwelle ist, der kann nach dieser Wahl eigentlich nur Genugtuung empfinden. Die Kanzlerin hat, und das mehr volens als nolens, den Steuersenkungsplänen der FDP vorerst den Garaus gemacht. Steuersenkungen in einer Zeit der anwachsenden Schulden, der abnehmenden Staatseinnahmen sowie der Großrisiken durch die Eurokrise sind Humbug und zwar nicht unmöglich, aber dennoch unverantwortlich. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber bisher hat sich die schwarz-gelbe Regierung in einer zum Teil aggressiven Defensivhaltung vor den entsprechenden Konsequenzen gedrückt.

Die Wähler in Nordrhein-Westfalen haben diese Konsequenzen nun erzwungen. Die Mehrheit im Bundesrat für Steuersenkungen ist futsch. Dieser Kollateralschaden des nicht in allen Punkten so klaren NRW-Wahlausgangs allerdings ist nicht der wahre Grund für die Abkehr vom Geist des den Westerwelles nahezu heiligen Koalitionsvertrages von Berlin. Vielmehr hat Merkel, wenn auch zu spät, jetzt verstanden, dass sie den Charakter der Union als größte Volkspartei nur retten kann, wenn sie eben nicht den Klientelinteressen der FDP nachgibt.

In den Wochen und Monaten nach der Bundestagswahl 2009 wähten sich die Liberalen wegen ihres guten Wahlergebnisses auf dem Weg zu einer weithin akzeptierten Mittelschichts-Partei mit einer Tendenz in Richtung 20 Prozent. Das war ein grober Irrtum, denn die FDP hatte nur deswegen einmal so stark gewonnen, weil viele Menschen der großen Koalition überdrüssig waren und etliche Wechselwähler dachten, die FDP sei nur so etwas wie eine Wirtschafts-CDU im Joop-Anzug. Nein, das ist sie nicht.

Die FDP ist eine eigenständige Partei, die, wie auch die Linkspartei, die Interessen einer bestimmten Klientel vertritt. Im Vergleich zur FDP sind die Grünen, was Werte, Programmatik und soziologischen Zuschnitt angeht, langsam auf dem Weg zur Volkspartei, wohingegen FDP und Linke, wie ihr Abschneiden in Nordrhein-Westfalen zeigt, prinzipiell Nischenparteien mit einstelligen Ergebnissen sind. (Dass die Linkspartei im Osten anders abschneidet, hat damit zu tun, dass sie dort noch eine Zeitlang jenen Heimatbonus genießt, den die CSU in Bayern gerade peu à peu verliert.)

Die Nischenpartei FDP hat sich in der Bundesregierung zu stark gefühlt, die Kanzlerin hat die Liberalen zu lange unbehelligt trompeten gelassen. Hinzu kam die mangelnde Regierungserfahrung der FDP, die durch argumentative Präpotenz sowie geschlechtsunabhängiges Machotum unterstrichen wurde. Was aus alledem entstand, nannte Angela Merkel jetzt „den Gegenwind aus Berlin“. Der al-

lerdings war keine Naturerscheinung, sondern das Produkt der Windmaschinen in FDP und CSU, verstärkt durch eine zum Teil konsternierte, zum Teil trotzig CDU. Es mag sein, dass bei der Landtagswahl viele regionale Dinge wichtig waren. In jedem Fall aber war das für die CDU katastrophale Ergebnis auch die Quittung für ein halbes Jahr enttäuschter Hoffnungen durch eine schlechte Koalitionsregierung in Berlin.

Weil die Niederlage der CDU von Rüttgers (und Merkel) so augenscheinlich ist, hat sich die SPD wieder einmal darauf verlegt, ihre eigenen Probleme in einen Sieg umzumodeln. Besonders gut versteht das Sigmar Gabriel, der im Rennen der Berliner Besserwisser schon fast zu Westerwelle aufgeschlossen hat. In Wirklichkeit aber hat nicht die SPD gewonnen, sondern die CDU ist auf SPD-Niveau abgestürzt. Nur in den beiden ersten Landtagswahlen nach dem Krieg lagen die Sozialdemokraten annähernd so schlecht wie 2010. Die SPD ist wieder da? Ja, sie ist wieder da, wo sie vor 50 Jahren angefangen hat.

Zwar ist Schwarz-Gelb abgewählt, aber für Rot-Grün reicht es auch nicht. Sowohl die Union als auch die SPD binden weit über Deutschlands Westen hinaus seit geraumer Zeit nicht mehr genug Wähler, um die einst mehr oder weniger regelmäßig alternierenden Zweier-Konstellationen zu garantieren. Da wo die Grünen erstarken, geschieht dies meist zu Lasten der SPD. Gehen die so schrumpfenden Sozialdemokraten aber mit der Linkspartei Bündnisse ein, werden ihnen, zumindest im Westen, noch mehr Wechselwähler zu den Grünen und vielleicht sogar zur CDU davonlaufen. Die FDP aber, so wie sie Guido Westerwelle in der Opposition geformt hat, lockt weder besonders viele SPD-Wähler noch, gebranntes Kind scheut das Feuer, CDU-Sympathisanten an. Die FDP und allemal ihr Parteivorsitzender, der nicht einmal als Außenminister zu gefallen versteht, haben ihren Zenit überschritten.

Wie eine Partei erfolgreich sein kann, die sich mit ihren Sympathisanten wandelt, zeigen die Grünen. Aus der einstigen Öko-Müslis-Partei ist eine politische Vereinigung geworden, die ein umfassendes Programm und durchaus auch etliche Flügel zu bieten hat. Die alte Fundi-Realo-Dichotomie hat längst ausgedient; wer Freude an so was hat, muss heute zur Linkspartei gehen. Die Grünen aber bieten politische Heimat für viele Themen und Weltanschauungen, ohne dass abweichende Meinungen als Ketzerei oder Majestätsbeleidigung verstanden werden. Einige Zeit sah es so aus, als gehe das grüne Milieu allmählich in Pension. Nein, so ist es nicht, es scheint sich zu erneuern. Nicht die SPD ist wieder da. Die Grünen sind es, auch in Nordrhein-Westfalen.



(10)

Süddeutsche Zeitung, 12.05.2010, S. 4

Peter Fahrenholz (fa): Liberale Verweigerer.

## Liberale Verweigerer

FDP-Chef Guido Westerwelle, um deutliche Formulierungen nie verlegen, hat das Wahldesaster für Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ins Akustische übersetzt: Die Wähler hätten einen Gong geschlagen, und der sei in Berlin auch gehört worden. Möglicherweise war der Gong aber noch nicht laut genug, denn die Liberalen halten bisher unbeirrt an ihrer bornierten Linie fest.

In Nordrhein-Westfalen wollte die FDP zunächst noch nicht einmal darüber reden, ob eine Ampelkoalition mit SPD und Grünen möglich wäre. Jetzt knüpft Landeschef Pinkwart Gespräche an die Bedingung, SPD und Grüne müssten vorher ein Bündnis mit der Linken ausschließen. Das ist ungefähr so, als ob einer, der gerade seinen Job verloren hat, nur dann zu einem Bewerbungsgespräch erscheinen will, wenn mit keinem anderen Bewerber gesprochen wird. In Nord-

rhein-Westfalen ist die Verweigerungshaltung der Liberalen besonders unglaubwürdig. Vor zehn Jahren hätten der damalige SPD-Ministerpräsident Wolfgang Clement und FDP-Chef Jürgen Möllemann liebend gerne eine sozial-liberale Koalition geschlossen. Das hat damals die Bundes-SPD verhindert, um die rot-grüne Harmonie in Berlin nicht zu stören. Natürlich kann keine Partei gezwungen werden, eine Koalition einzugehen, in der sie sich politisch nicht wiederfindet. Aber Gespräche zu verweigern, die dem Zweck dienen, erst einmal auszuloten, welche Gemeinsamkeiten und Kompromisslinien es gibt, ist politisch verantwortungslos.

Es ist überdies dumm. Gerade die FDP müsste nach dem NRW-Debakel erkennen, dass sie sich mehr politische Optionen schaffen muss, statt sich auf Gedeih und Verderb an die Union zu ketten. fa

(11)

Süddeutsche Zeitung, 15.05.2010, S. 4

Stefan Braun (steb): Es geht um den Kurs.

## Es geht um den Kurs

Keine Frage: In der CDU hat der wohl größte Kampf der letzten Jahre begonnen. Nein, nicht der um die Macht. Die ist bis auf weiteres in den Händen von Angela Merkel. Da mögen ein paar Konservative nach der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen noch so laut ihren Revolte-Phantasien Raum geben, die CDU-Vorsitzende wird CDU-Vorsitzende bleiben. Der wahre Kampf dreht sich um die Frage, ob die Merkel-CDU in Zeiten klammer Kassen die Kraft hat, an ihrem gesellschaftspolitischen Kurs festzuhalten. Es geht, bei Bildung und Familie, ans Eingemachte. Das dürfte die Menschen viel mehr interessieren als die Frage, wer welches Amt bekleidet.

Dabei haben mit Roland Koch und den Haushaltern diejenigen die Debatte begonnen, die vor allem als Retter des Haushalts in die Schlacht ziehen möchten. Hinzu kommen nun freilich manche, de-

nen das Engagement der CDU gerade bei Investitionen in Krippen und vorschulische Bildung zu modern, ja, zu „links“ ist. Es vermischt sich also die Pflicht zum Sparen mit dem Frust mancher Christdemokraten, die sich von Merkels Gesellschaftspolitik überrollt fühlen. Das stellt nicht Merkels Macht, wohl aber Merkels Politik in Frage.

Umso mehr müssen die Kanzlerin und ihre Mitstreiter dagegenhalten, soll die begonnene Modernisierung nicht wie Show erscheinen. In den letzten Jahren haben sie vor allem über schön formulierte Ziele versucht, das Gesicht der CDU zu verändern. Aber erst jetzt wird sich zeigen, wie ernst sie es meinen. Glaubwürdigkeit gewinnen sie nur, wenn sie eine echte Werte-Entscheidung treffen und zum Schutze von Bildung und Familie an anderer Stelle einsparen. Die schönen Zeiten – sie sind Geschichte. steb



## d) Bild (Anzahl: 3)

(1)

Bild, 10.05.2010, S. 2

Jörg Quoos: Kanzlerin in Not.

Seite 2 ....

**Bild KOMMENTAR**

**Kanzlerin in Not**

Von JÖRG QUOOS



Es ist ein politischer Erdrutsch, nur 225 Tage nach dem strahlenden Bundestagssieg von Schwarz-Gelb!

Die Wähler in Deutschlands größtem Bundesland haben der Regierung einen Denktzettel verpasst, den diese bis zum Ende der Legislaturperiode nicht vergessen wird.

Für die CDU ist das Wahlergebnis ein Drama in drei schrecklichen Akten.

- Angela Merkel steht drei Jahre vor dem Ende ihrer Regierungszeit ohne Mehrheit im Bundesrat da.
- Jürgen Rüttgers, der Mann, der sich schon auf dem Wege zum nächsten Bundespräsidenten sah, ist brutal zurückgestutzt.
- Und die Griechenland-Politik der Bundesregierung ist im ersten Demokratie-„Test“ beim Wähler glatt durchgefallen.

Kurzum: Die Probleme gigantisch, der Partner gefleddert, das Regieren vor dem Hintergrund der Euro-Krise dramatisch.

Jetzt wird sich zeigen, aus welchem Holz die Kanzlerin wirklich ist.

(2)

Bild, 11.05.2010, S. 2

Rolf Kleine: Gabriels Erfolg!

Seite 2 ..

**Bild KOMMENTAR**

**Gabriels Erfolg!**

Von ROLF KLEINE



Siggi Pop, Harzer Roller – letztes Aufgebot der SPD: Was musste sich Sigmar Gabriel nicht alles anhören.

Dass er einer ist, dem man eine Partei nur anvertraut, wenn wirklich alle anderen erledigt sind – zu sprunghaft, launisch, schnell, aber unberechenbar.

Seit Sonntag wissen wir es besser!

179 Tage ist Gabriel heute im Amt und er hat etwas geschafft, was die wenigsten ihm zugetraut hätten: der komatösen SPD wieder Leben eingehaucht, der Partei Selbstbewusstsein zurückgegeben – und die Genossen in NRW wieder an die Macht geführt. Ein Stückchen wenigstens ...

NRW, die Herzkammer der Sozialdemokraten – hier vollzog sich 2005 der Niedergang am dramatischsten. In Dortmund, Essen, Bochum, Herne. Und ausgerechnet hier scheint Gabriel die Partei wiedererweckt zu haben.

Doch der Erfolg ist zerbrechlich!

Ein unkalkulierbares Abenteuer in einer rot-rot-grünen Koalition mit linken Polit-Chaoten könnte alles wieder kaputt machen.

(3)

Bild, 14.05.2010, S. 2


Einar Koch: Warum Jamaika nicht auch am Rhein?

Seite 2 •

**Bild KOMMENTAR**

**Warum Jamaika nicht auch am Rhein?**

Von EINAR KOCH



**Die Wähler an Rhein und Ruhr haben es den Parteien wirklich nicht leicht gemacht.**

**Fünf Tage nach der NRW-Wahl sind unsere Politiker in Düsseldorf da, wo sie am liebsten stehen: sich selbst im Wege!**

**Das Problem ist:** Schwarz-Gelb oder Rot-Grün funktionieren rechnerisch nicht; die Große Koalition oder ein rot-gelb-grünes Ampelbündnis dürfen parteipolitisch nicht sein; Rot-Rot-Grün verbietet sich.

**Warum nicht an die fünfte Möglichkeit denken:** ein schwarz-gelb-grünes Bündnis wie an der Saar in den lustigen Landesfarben von Jamaika!

**Die Parteien würden erstmals auch in einem Flächenland politisches Neuland betreten, verkrustete Strukturen aufbrechen.**

**Politik ohne Scheuklappen ginge etwa so:**

**Die CDU opfert Wahlverlierer Jürgen Rüttgers; die FDP überwindet ihre Grünen-Allergie; die Grünen, längst eine bürgerliche Partei, legen auch in Düsseldorf ideologische Fesseln ab.**

**Die deutsche Politik braucht dringend frischen Wind. Nicht nur an der Saar, auch am Rhein!**



e) **Express (Anzahl: 7)**

(1)

Express, 14.04.2010, S. 2

Dr. Gerd Landsberg: Steuerzeche zahlen Bürger.

**Steuerzeche zahlen Bürger**

Vor dem Hintergrund der katastrophalen Finanzlage der Städte und Gemeinden sind die weiteren Steuerentlastungspläne der FDP nicht verkraftbar. Auch eine Verzögerung der Steuerentlastung auf die Jahre 2012/2013 nützt den Kommunen wenig, weil ihre Finanzsituation bis dahin nicht besser sein wird. Die Einnahmen der Städte und Gemeinden brechen weg, und gleichzeitig explodieren die Sozialausgaben. In diesem Jahr werden die Kommunen ein Defizit von über 12 Mrd einfahren – und auch nächstes Jahr sieht es nicht besser aus.

Steuererleichterungen helfen den Bürgern nicht viel, wenn es dafür keine ausreichende Kinderbetreuung gibt, die Gebühren steigen, Schulen und Straßen in einem schlechten Zustand sind und das örtliche Handwerk nicht mehr mit Investitionen gestärkt werden kann. Wer Steuerentlastungen befürwortet, muss auch sagen, wie die Kommunen ihre Aufgaben mit noch weniger Einnahmen stemmen sollen.

Bevor über Steuererleichterungen diskutiert wird, sind grundlegende Reformen und eine angemessene Finanzausstattung der Städte und Gemeinden dringend erforderlich.

(2)

Express, 15.04.2010, S. 2

Maternus Hilger: Belanglose Klotzerei.

**Belanglose Klotzerei**

Landauf, landab sind die Straßen und Plätze in Nordrhein-Westfalen mit den Werbeschildern der Parteien regelrecht zugestampft. Eine Chance, dieser Offensive zu entkommen, gibt es nicht – sollte man meinen.

Und doch scheint ein Großteil der Passanten beim Anblick dieser bunten Vielfalt nicht auf die Idee zu kommen, dass dies irgendetwas mit der Wahl in NRW zu tun haben könnte.

So wissen fast 30 Prozent der potenziellen Wähler überhaupt nicht, dass sie am 9. Mai zur Stimmabgabe aufgerufen sind. So das erstaunliche Ergebnis einer Forsa-Umfrage.

Vielleicht sollten die Wahlkampfstrategen mal darüber nachdenken, ob sie mit ihrer Poster-Klotzerei noch richtig liegen. Die Botschaften wirken oft belanglos, austauschbar oder sie verschandeln ganz einfach nur die Landschaft. Weniger (und konkreter) ist manchmal mehr.



(3)

Express, 28.04.2010, S. 2

Maternus Hilger: Weichspüler statt Salzsäure.

**KOMMENTAR****MATERNUS HILGER**  
zum Wahlkampf in NRW**Weichspüler statt Salzsäure**

Der Wahlkampf in NRW, er ist träge wie ein Hund, der in der Frühlingssonne döst. Man schreckt meist nur auf, wenn plötzlich über die Linkspartei diskutiert oder geschimpft wird.

So ist es auch, wenn die Spitzenleute Rüttgers und Kraft selbst in die Bütt steigen. Gerade mal 720 000 Zuschauer sahen das TV-Duell, bei dem statt des Floretts Wattebäusche benutzt wurden. Erst beim Streit um die Linken wurde es lebhafter. Vielen Akteuren ist deutlich anzumerken, dass sie Angst haben, auf der Zielgeraden noch auf eine Tretmine zu treten. Man weiß, man braucht sich vielleicht noch, wenn alle Wunschkoalitionen nicht möglich sind.

Da sind gelegentliche Weichspüler effizienter als ätzende Salzsäure. So war es schon beim letzten Bundestagswahlkampf. Richtig munter wurde es erst, als die TV-Studios am Wahlabend den Wecker mit den Ergebnissen schrillen ließen.

(4)

Express, 03.05.2010, S. 2

Maternus Hilger: Unverhoffte Steilvorlagen.

**KOMMENTAR****MATERNUS HILGER**  
zur Wahl in NRW**Unverhoffte Steilvorlagen**

Jürgen Rüttgers hat es schwer. Mit schöner Regelmäßigkeit liefert seine NRW-CDU dem politischen Gegner unverhoffte Steilvorlagen. Zu kämpfen hat er zudem mit dem zurzeit nicht gerade tollen Image der schwarz-gelben Bundesregierung von Kanzlerin Merkel. Laut einer aktuellen Umfrage sind 62 Prozent der Deutschen mit deren Arbeit unzufrieden.

Einige dieser Straftaten könnte Rüttgers in NRW abbekommen. Und auch wenn die vermeintliche Finanz-Affäre – wie schon die Sponsor-Vorwürfe – nicht von der Bundestagsverwaltung beanstandet werden sollten, bleibt immer etwas hängen. Profitiert von den Turbulenzen hat vor allem Hannelore Kraft, die ihrem Konkurrenten Rüttgers ganz nahe auf die Pelle gerückt ist. Dass sie bei der Frage „Wie halte ich es mit der Linkspartei?“ stets herumeiert, fällt dabei kaum ins Gewicht. Ihre Wähler wollen sich offenbar überraschen lassen.

(5)

Express, 11.05.2010, S. 2

Maternus Hilger: Mehr Balance- als Kraftakt.



## Mehr Balance- als Kraftakt

**K**raft will mit aller Macht an die Macht. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Nach Lage der Dinge ist der Wahlverlierer CDU noch im Rennen - ob letztlich mit oder ohne Rüttgers spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Das gilt vor allem im Falle einer großen Koalition. Mit den mageren 6200 Stimmen Vorsprung vor der SPD - so das Kalkül der CDU-Strategen - will man sich so teuer wie möglich verkaufen.

Und wenn Kraft doch die rot-rot-grüne Karte ziehen sollte? Dies wäre für sie ein Spiel mit ganz hohem „Kraftilanti“-Risiko. Denn dann droht ihr ein Debakel wie einst ihrer Parteifreundin Andrea Ypsilanti in Hessen, die mit ihrem Linksschwenk alles verspielte und in der Versenkung verschwand. Blicke also noch die Ampel, die plötzlich auch wieder gehandelt wird. Die Regierungsbildung in NRW gleicht derzeit mehr einem Balance- als einem Kraftakt.

(6)

Express, 13.05.2010, S. 2

Maternus Hilger: Die Kanzlerin ist angezählt.



## Die Kanzlerin ist angezählt

**V**on Merkel lernen, heißt Siegen lernen. Das war lange das Erfolgsrezept, mit dem die Union punkten konnte. Mehr clevere Moderatorin als forsche Taktgeberin, verstand es die Kanzlerin, außen- wie innenpolitisch unterschiedlichste Interessen in Kompromisse umzumünzen und Konflikte zu entschärfen.

Aus und vorbei. Die Euro-Krise hat mitsamt der Abwahl der schwarz-gelben Regierung in NRW auch die Kanzlerin ins Straucheln gebracht. Die von ihr favorisierte Politik der kleinen Schritte zieht nicht mehr - angesichts der Schockwellen, die Europa immer schneller und heftiger überrollen.

In diesem Chaos wirkt sie nicht wie eine entschlossenen Handelnde, sondern wie eine Getriebene, deren zögerliches Krisenmanagement immer weniger Menschen verstehen.

Kein Zweifel, die Kanzlerin ist angezählt. Sie muss aufpassen, dass die Revolte in der Union sich nicht zu einer Palast-Revolution ausweitet.



(7)

Express, 14.05.2010, S. 2

Maternus Hilger: Erst das Land, dann die Partei.

**KOMMENTAR****von MATERNUS HILGER  
zum Ampel-Aus in NRW****Erst das Land, dann die Partei**

Die Partnersuche in NRW gestaltet sich immer schwieriger. Kaum aufgeblinkt, ist die mögliche Ampel zwischen SPD, Grünen und FDP schon wieder außer Betrieb - ausgeknipst von den Liberalen selbst. Jetzt könnte kurioserweise das passieren, was Westerwelle & Co. unter allen Umständen verhindern wollten.

Mit ihrer Sturheit könnten gerade sie dafür sorgen, dass die nicht nur ihnen so suspekten „Sozialisten und Kommunisten“ von der Linkspartei bald auf der Regierungsbank in Düsseldorf sitzen werden - gemeinsam mit den Grünen und der SPD. Dumm gelaufen, FDP.

Denn wenn die Ampel ausfällt, bleibt Hannelore Kraft außer der ungeliebten Großen Koalition nach derzeitiger Lage der Dinge eigentlich nur noch Rot-Rot-Grün als Machtoption.

Die FDP wäre gut beraten, sich das Ganze noch mal zu überlegen und nach der Devise zu handeln: Erst das Land und dann die Partei.

Metaphern und Redewendungen im politischen  
Kommentar

Gehr, M.

2014, X, 171 S. 12 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-05324-6